Adressen
Auktionen
Beziehungsmanagement
BFS-Net.Tool
Branding
Bürgerstiftungen
Bürgschaftsfonds
Bußgelder
Call-Center
Charity
Corporate Citizenship
Corporate giving
Corporate social Responsibility
Datawarehouse
Datenbanken
Datentransfer
Dauerauftrag
Direktmarketing
Erbschaften
EU-Gelder
Events
Förderkriterien
Fundraising
Großspender
Internetspenden
Kampagnen
Kommunikation
Kontonummern
Kreditkartenspenden
Lastschrifteinzug
Legate
Markenbildung
Mäzene
Mitgliedsbeiträge
Multifunktionales Kontonummernsystem
Onlinespenden
Patenschaften
Pay-Roll-Budgeting
Projekt-Bausteine
Relationship-Fundraising
Schenkungen
SMS-Spenden
Spendenbereitschaft
Spendenfonds
Spendengalas
Spendensoftware
Spendenverhalten
Spendenverträge
Sponsoring
Stiftungen
Stiftungsfonds
Überweisungen

Bank
für Sozialwirtschaft

GESCHÄFTSBERICHT 2004
BERLIN/KÖLN

2004

BERICHT ÜBER DAS 82. GESCHÄFTSJAHR
BERLIN/KÖLN

SPENDE

VON DER SAMMELBÜCHSE ZUM INTERNET

Das Fundraising in Deutschland hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Die Art und Weise des Spendensammelns ist professioneller geworden, und die technischen Möglichkeiten wurden wesentlich erweitert.

Spätestens die überwältigende Spendenbereitschaft und die Spendenvolumia der deutschen Bevölkerung nach der Tsunami-Katastrophe in Südasien haben bewiesen, dass der vernetzte Einsatz unterschiedlicher Fundraising-Instrumente den größten Erfolg verspricht. Indem verschiedene Kanäle und Möglichkeiten für individuelle Spenden angeboten wurden, konnte das Gesamtergebnis eine bisher nicht gekannte Höhe erreichen.

Telefon-Spenden nach TV-Spenden-Galas, SMS-Spenden durch Kooperationen mit Netzanbietern, Internet-Spenden über Nachrichtenportale und Spendenseiten der Organisationen, konventionelle Spenden per Überweisungen und traditionelle Sammlungen mit der Spendenbüchse – all diese Möglichkeiten wurden mit massiver Medienunterstützung für die Spendenakquisition genutzt. Schnelle Reaktionen auf die Katastrophe und unkonventionelle Kooperationen waren weitere Kennzeichen in den ersten Wochen des Jahres 2005.

Als Fachbank des Sozial- und Gesundheitswesens waren wir in erheblichem Unfang in die technische Abwicklung des großen Spendenvolumens einbezogen.

Über 16 % der bei uns eingegangenen Spenden hatten als Online-Spende im Internet ihren Ursprung. Die Spendenhöhe lag im zweistelligen Millionen Euro-Bereich. Und im konventionellen Zahlungsverkehr haben wir über 3,6 Millionen Einzelspenden auf den unterschiedlichen Spendenkonten verbucht.

Wir freuen uns sehr, dass die von uns entwickelten Werkzeuge für das Internet-Fundraising erfolgreich von den Spendenorganisationen eingesetzt werden.

Das BFS-Net.Tool ist inzwischen bei über 1.000 Einrichtungen in deren Homepages installiert, unsere Lösungen für Kreditkartenspenden werden zunehmend nachgefragt und die von uns zur Verfügung gestellten Systeme für E-Mail-Fundraising und Newsletterspenden finden Einzug in die Fundraising-Konzeptionen vieler Spendenorganisationen.

Sehr aufmerksam beobachten wir die Trends in diesem Bereich und entwickeln unsere Tools so weiter, dass sie auch von kleinen Organisationen ohne großen Aufwand genutzt werden können.

INHALT

SEITE

1 ZUR STRATEGISCHEN AUSRICHTUNG 6
2 BFS AUF EINEN BLICK 7
3 AUFSICHTSRAT 8
4 ORGANE 9
5 ZENTRALBEIRAT 10
6 BERICHT DES VORSTANDES 12
WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN 12
SOZIALWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN 20
LAGEBERICHT 2004 28
ENGAGEMENT UND KNOW-HOW 38
ENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMEN 40
7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES 44
8 JAHRESABSCHLUSS ZUM 31. DEZEMBER 2004 45
9 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 49
10 ANHANG 2004 52
11 BESTÄTIGUNGSVERMERK 65
12 GESCHÄFTSSTELLEN UND REPRÄSENTANZEN 66

ZUR STRATEGISCHEN AUSRICHTUNG

1

Der Blick auf das Geschäftsjahr 2004 ist für die Bank für Sozialwirtschaft AG zugleich der Blick auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr. Die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen im Wachstumsmarkt Sozialwirtschaft führen zu einer verstärkten Inanspruchnahme von Banken generell. Ein Spezialkreditinstitut wie das Unsrige profitiert davon in besonderem Maße. Das ausgeprägte Know-how unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Finanzierungsstrukturen und –notwendigkeiten von Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens führen ebenso wie unsere auf diese Branche ausgerichtete Leistungspalette zu einer hohen Nachfrage. Das wird sich in Zukunft tendenziell noch verstärken. Daher schätzen wir unsere weiteren Geschäftsperspektiven als sehr positiv ein.

Den Geschäftserfolg der letzten Jahre und die optimistische Prognose zur künftigen Entwicklung sehen wir in der konsequenten strategischen Ausrichtung der Bank auf das Kerngeschäftsfeld Sozialwirtschaft begründet. Unsere ständige Zielsetzung ist es, nicht nur die Bankleistungen im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses am aktuellen Bedarf dieser Branche auszurichten, sondern darüber hinaus immer neue Angebote zu entwickeln, die unsere Kunden in einer wirtschaftlichen Betriebsführung unterstützen. Ergänzt wird dies durch eine regelmäßige Schulung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den finanzierungsrelevanten Veränderungen der Sozial- und Gesundheitspolitik.

Um uns selbst Freiräume für eine weitere Geschäftsausweitung zu schaffen, haben wir in den letzten Jahren eine Reihe interner Restrukturierungsmaßnahmen durchgeführt. So konnte z. B. im Geschäftsjahr 2004 die Entwicklung der Geschäftsstellen zu vertriebsorientierten Profitcentern abgeschlossen werden, indem die Backoffice-Arbeiten für das Aktiv- und Passivgeschäft in die Zentrale in Köln verlagert wurden. Bis Mitte 2006 werden wir die Basis für die künftige Arbeit durch die Einführung der Standardsoftware SAP noch weiter verbessern.

Um der wachsenden Nachfrage im Kundenkreditgeschäft nachkommen zu können, werden wir im laufenden Geschäftsjahr das Eigenkapital der Bank für Sozialwirtschaft AG durch die Emission von 60.000 Stammaktien um EUR 14,76 Mio. erhöhen.

In welchen Bereichen wir darüber hinaus im Geschäftsjahr 2004 aktiv waren, um unsere Positionierung als Spezialkreditinstitut und Partner der Sozialwirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand

BFS AUF EINEN BLICK

2

	31.12.2004 Mio EUR	31.12.2003 Mio EUR	Veränderung in Mio EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	3.796,8	3.687,9	108,9	3,0%
Eigengeschäft	3.629,3	3.522,0	107,3	3,0%
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	78,1	72,6	5,5	7,6%
Forderungen an Kreditinstitute	111,0	164,1	-53,1	-32,4%
Wertpapiere	1.650,3	1.769,3	-119,0	-6,7%
Forderungen an Kunden	1.820,9	1.542,0	278,9	18,1%
Treuhandkredite	167,5	165,9	1,6	1,0%
Einlagen von Kreditinstituten	1.157,3	1.225,7	-68,4	-5,6%
Einlagen von Kunden	2.254,0	2.058,9	195,1	9,5%
- täglich fällig	1.218,6	1.029,1	189,5	18,4%
- Festgelder	954,3	938,6	15,7	1,7%
- davon Sparbriefe	52,0	56,6	-4,6	-8,1%
- Spareinlagen	81,1	91,2	-10,1	-11,1%
eigene Schuldverschreibungen	34,9	79,3	-44,4	-56,0%

AUFSICHTSRAT

3

- Dr. Robert Batkiewicz, Vorsitzender
  Geschäftsführer der Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e. V., Köln
- Prof. Dr. Manfred Willms, Stv. Vorsitzender
  Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Berlin
- Wolfgang Altenbernd
  Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund (seit 21. Juni 2004)
- Christian Graf von Bassewitz
  Persönlich haftender Gesellschafter, Bankhaus Lampe KG, Düsseldorf
- Rainer Brückers
  Bundesgeschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Bonn
- Dr. h. c. Jürgen Gohde
  Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Berlin
- Rüdiger Schmidtchen
  Stv. Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e. V., Frankfurt
- Paul-Werner Schöndorf
  Finanzdirektor, Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V., Freiburg (seit 21. Juni 2004)
- Berthold Simons
  Kaufmännischer Direktor, Geschäftsführung, DRK Krankenhaus GmbH, Gemeinnützige Krankenhaus GmbH, Berlin (seit 21. Juni 2004)
- Dr. Wolfgang Teske
  Vizepräsident und Finanzdirektor, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Stuttgart
- Dr. Ernst Thiemann
  Bankdirektor i. R., Oberaudorf
- Michael Warman
  Stv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Frankfurt

ORGANE

4

Vorstand

- Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
- Dietmar Krüger, Köln
- Nando E. Sawall, Köln (bis 4. Februar 2005)

Generalbevollmächtigte

- Jürgen Meurer, Berlin und Köln
- Günter Schümmer, Köln (bis 12. Januar 2005)

Prokuristen und Abteilungsdirektoren

- Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
- Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln
- Heinz Eberhardt, Direktor Revision, Köln
- Thomas Kahleis, Direktor Personal, Organisation, Kommunikation, Köln
- Dr. Dr. Lothar Kolbe, Direktor Justitiariat, Köln
- Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
- Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln
- Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

Geschäftsstellenleiter

- Andreas Belzner, Leiter der Geschäftsstelle Karlsruhe
- Lutz Brünkmann, Direktor der Geschäftsstelle München
- Ulf Hartmann, Leiter der Geschäftsstelle Mainz
- Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
- Oliver Luckner, Direktor Norddeutschland
- Enrico Meier, Leiter der Geschäftsstelle Magdeburg
- Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
- Stephan Sperling, Direktor Mitteldeutschland
- Volker Sitte, Leiter der Geschäftsstelle Dresden
- Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

ZENTRALBEIRAT

- Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund (bis 21. Juni 2004)
- Walter Bockemühl, Vorsitzender des Vorstandes, AOK Rheinland-Pfalz, Eisenberg
- Georg Freiherr von Boeselager, Finanzdirektor, Diözese Limburg, Limburg (bis 30. Juni 2004)
- Dietmar Bühler, Verwaltungsdirektor, Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg
- Klaus Dahlmeyer, Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden e. V., Karlsruhe
- Thomas Dane, Abteilung Finanzen und Wirtschaft, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg Innere Mission und Hilfswerk e. V., Berlin
- Silvia Dobrindt, Geschäftsführerin, Personalberatung, Leichlingen (seit 1. Juni 2004)
- Thomas Doerr, Bundesvorstand, Die Johanniter, Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Berlin
- Klaus Dörrie, Hauptgeschäftsführer i. R., Dietzenbach (bis 31. Dezember 2004)
- Willi Esser, Kaufmännischer Vorstand, Johannes Seniorendienste e. V., Bonn (seit 1. Januar 2005)
- Günter Famulla, Vorsitzender des Vorstandes, Paritätischer Niedersachsen e. V., Hannover
- Franz-Heinrich Fischler, Direktor, Diözesancaritasverband für das Erzbistum Berlin e. V., Berlin
- Dr. Albert Hauser, Vorstand, Caritasverband für die Erzdiözese München und Freising e. V., München (bis 31. Dezember 2004)
- Wolfgang F. Kraft, Stv. Vorstandsvorsitzender, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg
- Pastor Dr. Udo Krolzik, Vorsitzender des Vorstandes, Evangelisches Johanneswerk e. V., Bielefeld (seit 1. April 2005)
- Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Franz Peter Lang, Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord eG, Essen
- Oswald Menninger, Geschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., Berlin
- Bernd Molzberger, Geschäftsführer, Maria Hilf Kranken- und Pflegeanstalt GmbH, Waldbreitbach
- Wilhelm Müller, Geschäftsführer, Arbeiter-Samariter-Bund, Bundesverband e. V., Köln
- Andreas Niedermeier, Sprecher der Geschäftsleitung, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e. V., München

5

- Jens Nielsen, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied, Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel (bis 31. August 2004)
- Hans-Peter Niemeier, Geschäftsbereichsleiter Wirtschaft und Finanzen, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Bonn
- Johann Wilhelm Römer, Generalsekretär a. D., Mainz
- Bernd Scheweling, Vorstand, Curanum Holding AG, München
- Josef Schmitz-Elsen, Generalsekretär a. D., Bonn / Bad Godesberg
- Elfi Scho-Antwerpes, Kreisgruppenvorsitzende, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e. V., Köln
- Paul-Werner Schöndorf, Finanzdirektor, Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V., Freiburg (bis 21. Juni 2004)
- Peter Schöne, Geschäftsführer, DRK Trägergesellschaft Süd-West mbH, Mainz
- Berthold Simons, Kaufmännischer Direktor, Geschäftsführung, DRK Krankenhaus GmbH, Gemeinnützige Krankenhaus GmbH, Berlin (bis 21. Juni 2004)
- Gerd Spiecker, Finanzdirektor a. D., Wuppertal
- Hans-Günther Strothotte, Landesgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V., Magdeburg
- Christa Prinzessin von Thurn und Taxis, Präsidentin, Bayerisches Rotes Kreuz, Schwangau (seit 1. Januar 2005)
- Christian Tölken, Kaufmännischer Hauptgeschäftsführer, Rummelsberger Dienste für Menschen gGmbH, Schwarzenbruck (seit 1. Juli 2004)
- Reinhold Voht, Landesvorsitzender, Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Berlin e. V., Berlin (bis 11. Juli 2004)
- Clemens Graf von Waldburg-Zeil, Generalsekretär, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin
- Dr. Hans Wendtner, Stv. Geschäftsführer, Deutsche Bischofskonferenz, Verband der Diözesen Deutschlands, Bonn
- Dieter Wittenbrink, Geschäftsführer, Zentralverwaltung der Häuser vom Guten Hirten, Münster (bis 1. November 2004)

BERICHT DES VORSTANDES

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Nach drei Jahren der Stagnation ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr mit einer Ausweitung des Bruttoinlandsprodukts um real 1,6 % stärker gewachsen als in den Jahren 2001 bis 2003 zusammen (+0,8 %). Der Anstieg der Wirtschaftsleistung ist hauptsächlich auf die starke Entwicklung des Exports zurückzuführen. Die sonst im Konjunkturverlauf üblichen Impulse der Außenwirtschaft auf die inländischen Investitionen und in der Folge eine Belebung des Arbeitsmarkts blieben aus. Die Unternehmer weiteten Ihre Investitionen zwar in moderatem Maße aus, bei den Bauinvestitionen kam es allerdings zu weiteren Rückgängen. Die inländische Verwendung stieg real um lediglich 0,4 %.

Export als Wachstumsmotor

Die Weltwirtschaft expandierte im vergangenen Jahr mit einer Wachstumsrate von 4,8 % wie seit etwa 30 Jahren nicht mehr. Abgesehen von der soliden Verfassung der US-amerikanischen Volkswirtschaft, wurde der globale Aufschwung wesentlich getragen durch die konjunkturelle Entwicklung in den Schwellenländern und deren sprunghaft gestiegenem Handel untereinander.

Aufgrund der hohen Verflechtung Deutschlands mit der Weltwirtschaft, vor allem wegen der bereits gut ausgebauten Handelsbeziehungen zu den aktuellen Boomregionen, z. B. zu den neuen Mitgliedsländern der EU und den asiatischen Schwellenländern, konnte die deutsche Wirtschaft über das Exportgeschäft überdurchschnittlich von der globalen Konjunkturentwicklung profitieren. Zudem konzentriert sich die globale Nachfrage auf die Hauptprodukte des deutschen Exportgewerbes – Vorleistungs- und Investitionsgüter. Das deutsche Exportvolumen stieg real um 8,6 % gegenüber dem Vorjahr. Da die Importe im gleichen Zeitraum um lediglich real 6,4 % zunahmen, kam es zu einem starken Anstieg des Exportüberschusses. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum Bruttoinlandsprodukt betrug 1,1 Prozentpunkte.

Der ausländische Nachfrageimpuls konnte aber nur in einem bescheidenen Umfang auf die deutsche Binnenkonjunktur wirken. Eine Erklärung dafür ist, dass der Anteil der importierten Zwischenprodukte an den später exportierten Endprodukten stark gestiegen ist (1991: 28 %, 2004: 40 %). Deshalb werden heute von einer Erhöhung der Exporte um 1 Euro im Inland nur noch etwa 45 Cent nachfragewirksam. Das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo-Institut) prägte in diesem Zusammenhang den Begriff der deutschen „Basar-Ökonomie".

Investitionstätigkeit ohne Dynamik

Der weltwirtschaftliche Boom des Jahres 2004 konnte die Investitionen kaum mitreißen. Hierin liegt ein Hauptproblem der deutschen Volkswirtschaft. Zunächst einmal standen den Unternehmen unterausgelastete Kapazitäten zur Verfügung. Auch waren die Anzeichen für einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung nicht kräftig genug, um eine deutliche Ausweitung der Investitionstätigkeit hervorzurufen. Entscheidend für die fehlende Investitionsbereitschaft ist zudem die Niedriglohnkonkurrenz in Osteuropa, China und weiteren Ländern. Deutschland ist von diesem Effekt wegen seiner hohen Lohnkosten und seiner Nähe zu den Niedriglohnländern Ostdeutschlands stärker betroffen als andere Länder des Westens.

In der zweiten Jahreshälfte stiegen die Ausrüstungsinvestitionen und die Investitionen in sonstige Anlagen sowie Software und Urheberrechte zwar an, sie konnten die negative Entwicklung der Bauinvestitionen auf Jahressicht aber nicht ausgleichen. Während die Investitionen in Ausrüstungen im gesamten

Jahr um real 1,2 % und die Investitionen in sonstige Anlagen um real 1,4 % stiegen, nahmen die Bauinvestitionen auch in 2004 ab (-2,6 %). Insgesamt kam es zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit um 0,9 %.

Privater Konsum leicht rückläufig

Die Verbraucher übten weiterhin Zurückhaltung beim Konsum. Materielle Zukunftsängste, die auf desolaten Arbeitsmärkten und einem schwindenden Vertrauen in eine soziale Absicherung beruhen, veranlassten sie dazu, sich auf das Nötigste zu beschränken. Trotz des um 1,7 % gestiegenen Nettoeinkommens und des um 1,2 % gestiegenen verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte verringerte sich der Konsum im vergangenen Jahr um 0,4 %. Den hauptsächlich durch die Steuerreform erzielten Einkommenszuwächsen standen Kaufkrafteinbußen aufgrund von höheren Ausgaben für Gesundheit und Energie gegenüber. Die deutschen Konsumenten erhöhten ihre Sparquote auf 10,9 %, den höchsten Stand seit 1995. Vor allem die Anschaffung von langlebigen Konsumgütern wurde zurückgestellt.

Anziehende Inflation

Die jahresdurchschnittliche Inflationsrate lag im vergangenen Jahr bei 1,6 %. Dieser Anstieg beruhte allerdings vornehmlich auf Sondereffekten, nämlich den gestiegenen Kosten im Zuge der Gesundheitsreform, der zweimaligen Erhöhung der Tabaksteuer und nicht zuletzt auf den gestiegenen Preisen für Energieträger. Der um diese Sonderfaktoren bereinigte Preisauftrieb betrug nur 0,7 %.

Zwar legten die Erzeugerpreise im Jahresdurchschnitt um lediglich 1,6 % zu (2003: 1,7 %), zum Jahresende war allerdings ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten. Im Oktober erreichte die Teuerungsrate den Spitzenwert von 3,3 % im Vorjahresvergleich. Der Grund für diese Entwicklung waren die starken Preisanstiege bei Mineralölerzeugnissen und Rohstoffen. Der expansive Kurs vieler Länder, allen voran des boomenden Chinas, wurde von einem enormen Hunger nach Rohstoffen begleitet. In der Folge kam es zu einer Verknappung auf den Rohstoffmärkten und zu einem sprunghaften Anstieg der Preise. Sie lagen im Schnitt 25 % über dem Niveau von 2003. Der hartnäckig hohe Ölpreis war ein beherrschendes ökonomisches Thema des letzten Jahres. Zur weiterhin labilen politischen Lage im Mittleren Osten gesellte sich die weltweit anziehende Nachfrage. Sonderereignisse wie ein drohender Bürgerkrieg im Öl exportierenden Nigeria ließen den Ölpreis zwischenzeitlich neue Höchstmarken austesten. Im vierten Quartal 2004 lag der Ölpreis etwa ein Drittel über dem Niveau vom Jahresbeginn. Durch den parallel an Kaufkraft gewinnenden Euro und die seit den 70er Jahren spürbar verringerte Ölabhängigkeit fiel der inflationäre Impuls aber vergleichsweise gering aus. Der schwache Arbeitsmarkt verhinderte zudem den Aufbau einer Lohnpreisspirale. Zum Ende des Jahres entspannte sich die Lage an den Ölmärkten dann merklich.

Ein mittelfristiges Aufwärtsrisiko für die Inflationsrate stellt das kräftige Geldmengenwachstum dar. Seit Mitte 2001 überschreitet das Wachstum der Geldmenge M3 den EZB-Referenzwert von 4,5 %. Nachdem im Frühjahr 2003 ein Spitzenwert von fast 9 % erzielt worden war, schwenkte das Geldmengenwachstum zunächst auf einen Abwärtstrend ein. In der zweiten Hälfte 2004 expandierte die Geldmenge jedoch wieder stärker. Im vierten Quartal lag die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 bei 7,5 %. Stimuliert durch die niedrigen Zinsen stieg die Kreditnachfrage im zweiten Halbjahr um 8,2 %.

6

Keine Entspannung am Arbeitsmarkt

Das deutsche Wachstum in 2004 verlief weitgehend beschäftigungsneutral. Mit jahresdurchschnittlich 4,38 Millionen Arbeitslosen wurde einen Arbeitslosenquote von 10,5 % erreicht und damit nach 1997 der zweithöchste Stand seit der Wiedervereinigung. Lediglich eine Änderung in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit konnte eine noch dramatischere Verschlechterung verhindern.

Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich dagegen im Jahresdurchschnitt um 0,4 %. Dieser erste geringfügige Anstieg der Erwerbstätigkeit seit 2001 beruhte in hohem Maße auf Neuerungen am Arbeitsmarkt. Es kam zu einer bedeutenden Ausweitung des Niedriglohnsektors (Minijobs), die Förderung der Selbstständigkeit wurde weiter forciert (Ich-AGs) und seit dem vierten Quartal 2004 können Langzeitarbeitslose in Ein-Euro-Jobs aktiv werden. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ging dagegen stark zurück.

Staatsdefizit erneut über 3 %-Grenze

Bereits zum dritten Mal in Folge hat das gesamtstaatliche Defizit Deutschlands die im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Grenze von 3 % des nominalen Bruttoinlandsproduktes überschritten. Die finanzielle Situation der Bundesrepublik verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr nur leicht; die Defizitquote erreichte 3,7 % nach 3,8 % in 2003. Ausschlaggebend für die ausbleibende Verbesserung waren rückläufige Einnahmen. Die Steuereinnahmen wurden belastet von der schwachen binnenwirtschaftlichen Entwicklung, den umfangreichen Steuersenkungen von Anfang 2004 und auch durch die sehr exportlastige Struktur des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Mindereinnahmen im Bereich der Tabak- und Mineralölsteuer trafen den Bundeshaushalt zusätzlich. Die staatlichen Ausgaben erhöhten sich bedingt durch die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung dagegen kaum. Insgesamt wies der Staatssektor ein Finanzierungsdefizit von 80,3 Milliarden Euro auf. 51,0 Milliarden Euro entfielen dabei auf den Bund und 28,3 Milliarden Euro auf die Länder. Die Haushalte der Gemeinden und der Sozialversicherungen waren nahezu ausgeglichen.

EZB lässt Leitzinsen unverändert

Die insgesamt enttäuschende Entwicklung der europäischen Wirtschaftsleistung und die schwache Binnennachfrage gaben der EZB in Kombination mit günstigen Inflationsperspektiven keine Veranlassung zu einer Anhebung des im Juni 2003 auf den historischen Tiefstand von 2 % gesetzten Leitzinssatzes der Eurozone. Spielräume für eine Zinssenkung waren allerdings angesichts der zu erwartenden konjunkturellen Erholung und des bereits sehr niedrigen Zinsniveaus ebenfalls nicht gegeben.

Fed leitet Zinswende ein

Die US-amerikanische Wirtschaft setzte in 2004 ihr robustes Wachstum fort. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs real um 4,4 %. Die mittlerweile seit dem zweiten Halbjahr 2003 andauernde Erholungsphase war in der ersten Jahreshälfte 2004 jedoch weiterhin ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt geblieben. Aus diesem Grund sahen die Währungshüter zunächst auch keine unmittelbaren Inflationsgefahren und beließen den US-Leitzinssatz auf seinem historisch niedrigen Niveau von 1,0 %. Erst nachdem im Frühjahr über drei Monate hinweg kräftige Beschäftigungsgewinne gemeldet worden waren, leitete die US-Notenbank zur Jahresmitte mit einer Anhebung des Leitzinses um 25 Basispunkte die Zinswende ein. Den Kurs maßvoller Zinserhöhungen behielt die Fed trotz

der in den Sommermonaten wieder an Dynamik verlierenden Arbeitsmarktentwicklung bei. In fünf Schritten zu je 25 Basispunkten wurde der Leitzinssatz von Juli bis Dezember auf 2,25 % angehoben. Zum ersten Mal seit dem Frühjahr 2001 lag damit der Leitzins in den USA wieder höher als in der Eurozone.

Renditeanstieg bleibt aus

Wegen der sich abzeichnenden konjunkturellen Erholung erwarteten die Märkte für das Jahr 2004 für die Anleihen zunächst einen Anstieg der Renditen und rückläufige Kurse. Als sich die konjunkturellen Entwicklungsperspektiven dann aber schon bald als deutlich schlechter herausstellten als erwartet, ging die Umlaufrendite um einen halben Prozentpunkt zurück und erreichte in der zweiten Märzhälfte einen Tiefstand von 3,5 %.

Der Trend sinkender Renditen und steigender Kurse blieb, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung von April bis Mai, auch den Rest des Jahres intakt. Beruhigend wirkte auf die Marktteilnehmer, dass die Zinsanhebung in den USA in „maßvollen Schritten" erfolgen sollte. Des Weiteren enttäuschten eine Reihe von konjunkturellen Fundamentaldaten zur US-Wirtschaft, und in der Eurozone war ein selbst tragender Aufschwung weiterhin nicht in Sicht. Mitte Dezember erreichte die Umlaufrendite mit 3,25 % ihren Jahrestiefstand, der nur leicht über dem Allzeittief vom Juni 2003 (3,17 %) lag. Bis zum Jahresende konnte sich die Umlaufrendite nur noch leicht auf 3,43 % erhöhen. Da es in den USA im vierten Quartal zu keinen weiteren Renditerückgängen kam, erreichte die Differenz zwischen den Renditen 10-jähriger Staatsanleihen in Deutschland und den USA in den letzten Dezembertagen mit 0,75 % den höchsten Stand seit August 2000.

Anhaltende Euro-Stärke

Im ersten Quartal des vergangenen Jahres setzte sich die in 2003 begonnene massive Aufwertung des Euro vor allem gegenüber dem US-Dollar fort. Als nach dem G7-Treffen Anfang Februar klar wurde, dass mit einer koordinierten Devisenmarktintervention der Notenbanken der führenden Industrieländer nicht zu rechnen war, kam es kurzfristig zu einer nahezu ungebremsten Aufwärtsrallye der europäischen Gemeinschaftswährung, die Mitte Februar zu einem Höchststand von rund 1,29 US-Dollar/Euro führte.

Diese Stärkephase des Euro wurde zunächst von Meldungen über substantielle Verbesserungen am US-Arbeitsmarkt und die Erwartung der bevorstehenden Zinswende in den USA unterbrochen. Bereits im Sommer gewannen aber die Zweifel an der Robustheit des US-Aufschwungs wieder die Überhand. Bis zum Herbst bewegte sich der Eurokurs seitwärts zwischen 1,20 und 1,24 US-Dollar. Rückenwind bekam der Euro dann wieder im Herbst, als die Sorge um die Finanzierbarkeit des Leistungsbilanzdefizits der USA erneut in den Fokus der Devisenmärkte rückte. Ebenso konnte der Euro von der Ölpreisentwicklung profitieren. Die gestiegenen Ölpreise führten zu einem Anstieg des Importwerts in den USA und verschlechterten damit die Handelsbilanz. Bis zum Ende des vergangenen Jahres konnten weder die wiederholten verbalen Interventionen der Europäischen Zentralbank noch die guten US-Konjunkturdaten die Kursentwicklung maßgeblich beeinflussen. Am 28. Dezember erreichte der Euro mit rund 1,36 Dollar einen neuen Allzeithöchststand; zum Jahresultimo schloss die Gemeinschaftswährung mit 1,3621 US-Dollar. Das entsprach einem Wertzuwachs auf Jahresbasis um 8 %.

APOTHEKER'S
Echte

Aktienmarkt: Dynamik erst zum Jahresende

Der Optimismus hinsichtlich der globalen Konjunkturentwicklung und der Finanzlage der Unternehmen äußerte sich zu Beginn des vergangenen Jahres in einer gestiegenen Risikobereitschaft der Anleger und einem entsprechenden Interesse am deutschen Aktienmarkt. Am 23. Januar erreichte der DAX mit 4.152 Punkten den höchsten Stand seit Juli 2002. Die Kursgewinne waren aber bereits im Februar wieder abgeschmolzen, nachdem Zweifel an der Dauerhaftigkeit der Aktienbewertung aufgekommen waren. Im März kam es dann zu einer substantiellen Kurskorrektur auf dem Aktienmarkt, wobei die Terroranschläge in Madrid am 11. März als Katalysator dienten. Bis zum Herbst blieb der Aktienhandel stark schwankungsanfällig. Die überraschend positiven Gewinnmeldungen der Unternehmen wurden überdeckt von schlechten wirtschaftlichen Fundamentaldaten, dem hohen Ölpreis und der Unsicherheit über die Auswirkungen des Anziehens der geldpolitischen Zügel in den USA.

Als sich ab Oktober jedoch die Einsicht durchsetzte, dass der hohe Ölpreis zwar Korrekturen der überschwänglichen Wachstumsprognosen vom Jahresbeginn nötig machte, die Erholung aber nicht nachhaltig gefährdet sei, konnte der DAX dem starken Euro zum Trotz wieder auf einen Aufwärtskurs einschwenken. Zum Jahresultimo schloss er mit 4.256 Punkten, 7 % höher als ein Jahr zuvor.

Ausblick

Für 2005 sind die Aussichten für ein überdurchschnittliches globales Wachstum weiterhin günstig. Mit der im Verlauf von 2004 eingetretenen zyklischen Normalisierung haben sich die Voraussetzungen für eine nachhaltige Expansion sogar noch verbessert. Die Art und Weise der Bewältigung des massiven Ölpreisanstiegs in 2004 zeigt, dass der globale Aufschwung sehr robust ist und deshalb solche Störungen bisher gut absorbieren konnte. Trotzdem bleibt die Störanfälligkeit und Volatilität der Ölmärkte ein bedeutender Risikofaktor für die globale Konjunkturentwicklung. Ein zusätzliches Rückschlagspotential bergen die hohen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte mit ihren Einflüssen auf die Wechselkursbewegungen.

Die konjunkturellen Aussichten Deutschlands hängen weiterhin in hohem Maße von der Entwicklung der Weltkonjunktur ab. Insofern bleiben die globalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Deutschland günstig. Trotzdem wird sich das konjunkturelle Bild gleichwohl nur zögerlich aufhellen. Substantielle Impulse der Inlandsnachfrage wird es auch in 2005 nicht geben. Für die Investitionen kann zwar ein Anstieg prognostiziert werden, dieser wird aber im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen deutlich geringer ausfallen. Vom privaten Konsum ist vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit und des schwachen Netto-Lohnwachstums keine Unterstützung zu erwarten. Unter dem Eindruck des rückläufigen Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal 2004 revidierten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen für 2005 bereits im März deutlich nach unten. Erwartungen liegen zwischen +0,6 % und +1,4 %. Die Bundesregierung hielt noch an ihrer vergleichsweise optimistischen Einschätzung von +1,6 % fest. Von den meisten Konjunkturexperten werden erst für 2006 solidere Wachstumsraten für möglich gehalten.

6

Einen Eindruck über die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft hinsichtlich der Möglichkeiten in 2005 liefern die Ergebnisse der im Dezember 2004 durchgeführten Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft unter 43 Wirtschaftsverbänden. Die Kernaussage dieser Umfrage lautet wie im Jahr zuvor „beschäftigungsneutrales Wachstum". Die positiven Erwartungen hinsichtlich Produktion und Umsätzen sind die Grundlage für die gute allgemeine Stimmungslage. Folglich stehen teilweise auch neue Investitionsvorhaben auf den Plänen der Unternehmen. Die Einstellung zusätzlicher Beschäftigter ist aber so gut wie gar nicht vorgesehen – die Zeichen stehen sogar eher auf Stellenabbau. Da nicht damit zu rechnen ist, dass die gesamte zusätzliche Produktion vom Ausland und vom Staat absorbiert wird, drücken die Meldungen der befragten Wirtschaftsverbände einen schwerwiegenden Widerspruch aus. Denn bei der derzeitigen Lage am Arbeitsmarkt und der fehlenden Aussicht auf eine baldige Besserung wird den Konsumenten auch weiterhin das Konjunktur tragende verfügbare Einkommen fehlen. Ebenso sind solche Meldungen ein Signal für die Bürger, ihre hohe Sparquote vorerst besser nicht zu senken.

6

SOZIALWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN

Die sozialwirtschaftlichen Anbieter haben ein wachsendes volkswirtschaftliches Gewicht, das bisher allerdings wenig Beachtung gefunden hat: Bereits heute arbeiten allein die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit einem geschätzten Jahresumsatz von ca. 55 Mrd. und beschäftigen 1.284.100 Personen. Der Krankenhausbereich hat ein Umsatzvolumen von ca. 63,8 Mrd. Euro pro Jahr und 851.254 Vollzeitbeschäftigte; im Bereich der stationären Pflege beträgt der Umsatz ca. 33 Mrd. Euro; die Zahl der Beschäftigten in der ambulanten und in der stationären Pflege summiert sich auf ca. 670.000 Personen. Im Vergleich dazu weisen z. B. die Kreditinstitute 775.000 und das Versicherungsgewerbe 250.000 Beschäftigte aus.

Es ist davon auszugehen, dass dieses volkswirtschaftliche Gewicht künftig noch zunehmen wird. Unter anderem aufgrund der demographischen Entwicklung befinden sich die Sektoren Gesundheitswesen, Altenpflege und Behindertenhilfe auf Wachstumskurs.

Zwang zur Veränderung

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme hat Einfluss insbesondere auf die Leistungsbereiche, in denen die sozialwirtschaftlichen Anbieter tätig sind. Die Einnahmen der Einrichtungen und Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bestehen schätzungsweise zu 69 % aus Leistungsentgelten und zu 14 % aus öffentlichen Zuwendungen.

Sowohl die Finanzlage der öffentlichen Haushalte als auch die der sozialen Sicherungssysteme verschärft sich seit Jahren. Diese Entwicklung hat in der Berichtsperiode weiter zugenommen. Hierdurch wird das Wachstumspotential der Sozialwirtschaft in seiner Entfaltung behindert.

Der Bund hatte zu Beginn 2005 ein Defizit von 44 Mrd. Euro, die Bundesländer von 26 Mrd. Euro und die Städte und Gemeinden von 4,1 Mrd. Euro. Diese Defizite und die weiterhin hohe Kreditaufnahme lassen erkennen, dass auf längere Sicht keine Verbesserung bei den öffentlichen Haushalten abzusehen ist.

Die Aufwendungen der Kommunen für soziale Leistungen stiegen von 26 Mrd. Euro 1998 auf 30,5 Mrd. Euro im Jahre 2003; 2004 waren es 32 Mrd. Euro. Für 2005 schätzt man die Ausgaben auf 37 Mrd. Euro. Die hierin enthaltenen Leistungen für Personen in Einrichtungen stiegen von 2003 bis 2004 um 4,6 %. Dramatisch erhöhten sich die Aufwendungen der Kommunen für die Eingliederungshilfe; ca. 43 % der kommunalen Sozialleistungen werden hierfür verwendet.

In dieser Lage ist es nicht überraschend, dass die Gebietskörperschaften Einrichtungen wie z. B. Krankenhäuser privatisieren. Hierdurch werden die expansiven Bestrebungen von Anbietern begünstigt, die strategisch entsprechend ausgerichtet sind und die ausreichendes Investitionskapital mobilisieren können. Ebenso favorisieren Gebietskörperschaften Investoren z. B. von Pflegeeinrichtungen, die keine Zuwendung benötigen.

Bei den sozialen Sicherungssystemen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar: Hatten die Gesetzlichen Krankenkassen 2003 eine Deckungslücke von ca. 3,9 Mrd. Euro, so lagen zu Beginn des Jahres 2005 die Einnahmen um 4 Mrd. Euro über den Ausgaben. Ursache für diese zunächst positive Entwicklung ist die kurzfristige rationierende und Kosten dämpfende Wirkung des GKV-Modernisierungsgesetzes[1]. Die Gesamteinnahmen der Pflegeversicherung blieben im Jahre 2004 unverändert; die Rücklage ist aber von 4,3 Mrd. Euro Ende 2003 auf 3,4 Mrd. Euro Ende 2004 abgeschmolzen.

Allein die Veränderung des Altersaufbaus der Gesellschaft erfordert mehr Ausgaben im Gesundheitsbereich und im Pflegebereich. Bereits heute schon werden 43 % der GKV-Ausgaben für Menschen ab 65 Jahre verwendet.

Des Weiteren wurde durch die Gesetzgebung im Berichtszeitraum der Eigenbeitrag der Bürger erhöht, die bei Leistungsbezug finanziell mit in die Pflicht zu nehmende Bedarfsgemeinschaft wurde erweitert und Leistungen gestrichen. Zu verweisen ist hier z. B. auf das GKV-Modernisierungsgesetz und auf das SGB XII: Sozialhilfe[2].

In den Fällen, in denen noch Leistungsverpflichtungen der Sozialleistungs- und Sozialversicherungsträger bestehen, wird zunehmend der Leistungsumfang durch die Kassenlage bestimmt. Dies wird z. B. deutlich an dem Kommunalen Entlastungsgesetz, das der Bundesrat am 2. November 2004 verabschiedet und dem Bundestag zugeleitet hat.

Standardabsenkungen sind ebenfalls auszumachen. Dies zeigt sich z. B. an Entscheidungen von Sozialhilfeträgern, den Leistungsbeziehern in Pflegeinrichtungen nur noch Mehrbettzimmer zuzugestehen.

Erfolgsfaktor Investitionspotential

Der Investitionsbedarf im Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich steigt. Neben dem Wegfall öffentlicher Förderung und der Nachfragesteigerung sind dafür noch weitere Gründe anzuführen: Der vorhandene Investitions- und Modernisierungsstau sowie der Zwang, sich im Wettbewerb z. B. durch Leistungsinnovation, Kostenführerschaft und Größenwachstum behaupten zu müssen.

[1] 14. Nov. 2003, aktualisiert 12.12.2004
[2] 9.12.2004

6

Die Befriedigung höherer Nachfrage, die Entwicklung neuer Leistungen und das Schaffen zukunftsfähiger Unternehmen ist insbesondere im Gesundheits- und Pflegesektor nicht mehr allein durch die Finanzierung über die öffentlichen Haushalte und die sozialen Sicherungssysteme zu erwarten.

Das Investitionspotential muss von den Anbietern stärker als früher über eigene Leistungen erwirtschaftet und durch ihre Attraktivität für Kreditgeber sowie über den Zugang zum Kapitalmarkt erhöht werden.

Zudem sind die Bürger zunehmend gefordert, Leistungen einzukaufen, die von den Sozialleistungsträgern nicht oder nicht in vollem Umfang finanziert werden. So wird prognostiziert, dass z. B. der Anteil der privaten Haushalte an den Gesundheitskosten von derzeit 12 % bis 2020 auf rund 30 % steigen wird. Konsequenz dieser Entwicklung ist unter anderem, dass in Leistungsbereichen wie z. B. Gesundheit und Pflege die Differenzierung der Angebote in Bezug auf Preis und Qualität sich immer mehr an der Finanzkraft der Klientel ausrichten wird.

Zugleich wird die Bevölkerungsgruppe, die z. B. bei der Inanspruchnahme von Gesundheits-, Pflege- und Behindertenleistungen auf finanzielle Unterstützung der Sozialleistungsträger angewiesen ist, durch die Einkommens- und Rentenentwicklung weiter zunehmen. Bereits der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom 2. März 2005 weist aus, dass die Armutsrisikoquote (d. h. Anteil der Personen unterhalb der Armutsgrenze von 60 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens) im Zeitraum von 1998 bis 2003 von 12,1 % auf 13,5 % angestiegen ist.

Steigende Kreditnachfrage

Aufgrund der Entwicklung der öffentlichen Finanzen, der Nachfrage und der Investitionserfordernisse sind der Sozial-, der Gesundheits- und der Pflegesektor in höherem Maße auf Kredite angewiesen.

Geht man im Krankenhausbereich für 2004 von einem Kreditbedarf (Bestand, Prolongationen, Neukredite) von ca. 12 Mrd. Euro aus, so werden es 2010 voraussichtlich ca. 30 Mrd. Euro sein.

Sowohl im Krankenhausbereich als auch im Pflegebereich besteht aufgrund von Investitionsstau, Modernisierungsbedarf und Nachfragesteigerung einen hoher Investitionsbedarf. Für den Krankenhausbereich wird von einem Investitionsvolumen von ca. 10 Mrd. Euro pro Jahr ausgegangen, für den Bereich der ambulanten und stationären Pflege von 5 Mrd. Euro pro Jahr.

Ungeachtet des zunehmenden Kreditbedarfs bewegt sich bei der Betrachtung aller Bankengruppen die Steigerungsrate der Inanspruchnahme von Krediten für den Bereich „Gesundheits-, Sozial-, und Veterinärwesen“[3] im Zeitraum von 2000 bis 2004 zwischen -0,15 % und 2,37 % jährlich. Hingegen stieg die Anspruchnahme von Krediten bei der Bank für Sozialwirtschaft im gleichen Zeitraum zwischen 13,43 % und 17,04 % jährlich.

[3] wie er von der Deutschen Bundesbank erfasst wird

Überweisung/Zahlschein
Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, beschmieren oder beschmutzen
Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts
Bankleitzahl
Begünstigter: (max. 27 Stellen)
Afrika-Hilfe
Bankleitzahl
37020500
Konto-Nr. des Begünstigten
10000
EUR
Betrag: Euro, Cent
75,00
Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen)
ggf. Stichwort
SPENDE PETER SCHREIER
PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)
Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname, Ort (max. 27 Stellen)
19
Konto-Nr. des Kontoinhabers
Bitte geben Sie für die Spendenbestätigung Ihre Spenden-/Mitgliedsnummer oder Ihren Namen und Ihre Anschrift an
Datum, Unterschrift
SPENDE
20275
115 241 000

6

Die Kreditpolitik der Banken führt allgemein zu einer Steigerung der Kundenselektion. Diese begann schon, bevor im Juli 2004 von der Europäische Kommission die Neuregelungen von Basel II als EU-Richtlinie verabschiedet wurde. Die Unternehmen sind mit ihrer Umgestaltung zur Erlangung einer guten Ratingposition befasst. Dies ist auch insofern notwendig, weil aufgrund der veränderten Marktbedingungen der Zugang zu Investitionskapital wie auch die Finanzierungskosten wichtige Wettbewerbsfaktoren geworden sind.

Wachsendes Anlegerinteresse

Das Interesse von Kapitalanlegern am Gesundheits- und Pflegemarkt wächst. Es wird weiter zunehmen, sobald der jetzige Entwicklungsprozess und die eingeleiteten Reformen - wie z. B. die Einführung der DRGs - zu einer Konsolidierung der Branchen geführt haben werden, sich aus der noch überwiegend kleinschnittigen und parzellierten Anbieterstruktur größere Unternehmenseinheiten herausgebildet haben werden und eine im Vergleich attraktive Verzinsung des eingesetztes Kapitals erzielt werden kann.

Anbieter, die nicht genügend Investitionspotential haben bzw. gebundene Finanzmittel freisetzen wollen (z. B. für Expansion), werden von vornherein entsprechend ihrer Kernkompetenz nur als Betreiber tätig bzw. veräußern den Immobilienbestand an Investoren und beschränken sich dann auf die Betreiberrolle.

Die Entwicklung hat dazu geführt, dass Anbieter mit hoher Selbstfinanzierungskraft, mit ausgezeichneter Kreditwürdigkeit und mit Attraktivität für Kapitalgeber das Investitionspotential haben, das für die Zukunftsfähigkeit notwendig ist.

Aktuelle Managementanforderungen

Angestoßen vor allem durch die Entwicklung der traditionellen Finanzierungsbedingungen für den Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich verstärkten sich im Berichtszeitraum die Bemühungen, die Effizienzreserven auszuschöpfen, die Effektivität der Leistungen zu verbessern und die Leistungsfähigkeit der Angebotsstruktur zu steigern.

Effizienz- und Effektivitätserhöhung werden auch von der erweiterten Anwendung des Persönlichen Budgets[4] und der Festlegung der Implementierungsbedingungen und des Einführungszeitraumes der DRGs im Krankenhausektor[5] erwartet. Hierzu soll außerdem die Anwendung von Ausschreibungsverfahren[6], die die Finanzierungsträger in mehreren Leistungsbereichen durchzusetzen versuchen, beitragen. Angesichts dieser Entwicklung wurden von den sozialwirtschaftlichen Anbietern das Spannungsverhältnis zwischen Preiswettbewerb und Qualitätswettbewerb sowie die möglichen Nachteile für kleinere lokale Anbieter im Bieterverfahren problematisiert.

Wegen des hohen Personalkostenanteils bei der Dienstleistungserstellung und der zunehmenden privatgewerblichen Konkurrenz ist für die Einrichtungen und Dienste der sozialwirtschaftlichen Anbieter die Anlehnung der Tarifverträge an den BAT bestandsgefährdend geworden. Daher werden eigenständige, der aktuellen Finanz- und Wettbewerbssituation entsprechende tarifliche Regelungen entwickelt. Selbst die nun von den Tarifpartnern am 9. Februar 2005 in den Eckpunkten festgelegte Neufassung des BAT wird für die Angebotsfelder der sozialwirtschaftlichen Anbieter als unzureichend angesehen.

[4] SGB IX: Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, 19. Juni 2001, aktualisiert 9.12.2004; SGB XII: Sozialhilfe, 24.12.2003, aktualisiert 9.12.2004
[5] 2. Fallpauschalen Änderungsgesetz, 26. 11.2004
[6] SGB II: Grundsicherung für Arbeitsuchende; 24.12.2003, aktuelle Fassung 19.11.2004

Eine Strategie, der Forderung nach einer Effizienzsteigerung nachzukommen, ist die Nutzung von Größenvorteilen. Aufkäufe, Fusionen und Kettenbildung haben erheblich zugenommen. War bislang die Angebotsstruktur weitgehend geprägt durch lokale Einzelanbieter, so bilden sich nun größere Unternehmenseinheiten und Ketten heraus; hierbei werden auch die traditionellen Grenzen der Angebotssektoren überschritten. Vorreiter ist der Gesundheitsbereich; in einem gewissen Abstand folgt der Pflegebereich.

Beschleunigte Veränderungen

Im Berichtszeitraum beschleunigten sich auch die Veränderungen der Angebotsstruktur. Für die Anbieter verstärkte sich der Anpassungsdruck, zugleich wurden neue Chancen eröffnet.

Zunächst ist in vielen Marktsegmenten eine Tendenz zur Ambulantisierung festzustellen. Aufgrund der Möglichkeiten, die insbesondere das GKV-Modernisierungsgesetz[7] eröffnet, entwickeln sich Krankenhäuser zu Zentren ambulanter Versorgung; zudem entstehen Medizinische Versorgungszentren. Im Bereich der Rehabilitation wird die stationäre mehr und mehr durch die ambulante Rehabilitation ersetzt. Auch im Pflegebereich wird die ambulante Versorgung aufgewertet und ausgeweitet. Mit der Neufassung des Sozialhilferechts wird der Grundsatz „ambulant vor stationär" verstärkt[8].

Die Angebotsstruktur wird unter anderem durch die Zunahme von Geldleistungen und Selbstzahlungen verändert. Hierdurch wird die Position des Nachfragers gestärkt, da er ein maßgeschneidertes Leistungsangebot und den Anbieter auswählen kann.

Kaum Beschäftigungseffekte

Das Wachstum im Sozial- und Gesundheitswesen wird nicht die erwarteten Beschäftigungseffekte haben. Derzeit werden bis 2020 ca. 700.000 zusätzliche Beschäftigte prognostiziert. Entscheidend wird jedoch sein, wie innovativ die Anbieter sind und in welchem Umfang zusätzliches privates Kapital in diese Sektoren fließen wird. Zudem: Neueinstellungen werden erst vorgenommen, wenn die Effizienzreserven ausgeschöpft sind; es wird Umschichtungen in bislang unterversorgte Bereiche geben, und es ist mit Standardabsenkungen zu rechnen. Die Effizienzreserven werden im Gesundheitswesen auf 20 bis 25 % geschätzt.

Neuausrichtung im europäischen Kontext

Alle europäischen Länder stehen vor ähnlichen Problemen: Sie müssen die demographische Entwicklung bewältigen, Finanzierungsprobleme bei den Sozialversicherungssystemen lösen, Effizienz- und Effektivitätsdefizite in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Pflege beheben. Dies hat dazu geführt, dass der EU-Ministerrat „Beschäftigung und Soziales" im Oktober 2004 beschlossen hat, dass die Offene Methode der Koordinierung in Zukunft auch auf die Bereiche Gesundheit und Altenpflege angewendet werden soll. Somit wird die Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU zu gemeinsamen Zielen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit mit dem Austausch von „guter Praxis" und durch Benchmarking vorangetrieben.

[7] 14. Nov. 2003, aktualisiert 12.12.2004
[8] SGB XII, 24.12.2003, aktualisiert 9.12.2004

6

Die wachsenden länderübergreifenden Abhängigkeiten in Europa und deren unmittelbare Auswirkungen auf den Sozial-, den Gesundheits- und den Pflegesektor werden unter anderem an dem Wettbewerbsdruck deutlich, der dadurch entstanden ist, dass am 1. Mai 2004 zehn neue Staaten mit Niedriglohnniveau der EU beigetreten sind. Vor diesem Hintergrund sind auch die heftigen Abwehrreaktionen sowohl der privatgewerblichen als auch der freigemeinnützigen Anbieter gegen den von der EU-Kommission im Februar 2004 eingebrachten Vorschlag für die „Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt" zu verstehen. Mit der so genannten „Dienstleistungsrichtlinie" sollen grenzüberschreitende Angebote von Dienstleistungen und die Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union erleichtert werden. Sie sieht vor, dass ein Anbieter nur den Rechtsvorschriften des Landes unterliegt, in dem er niedergelassen ist. Gesundheits- und Pflegedienstleistungen fallen explizit in den breiten Anwendungsbereich des Richtlinienvorschlags.

Wie tiefgängig die geforderten Veränderungen sind, zeigt sich auch daran, dass mit der Einführung der europäischen Marktordnung die sozialwirtschaftlichen Anbieter herausgefordert werden, die Besonderheiten ihrer Leistungen und ihrer Wirtschaftweise zu klären. Im Mai 2004 erschien das „Weißbuch der Europäischen Kommission zu den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge)". Das Weißbuch stellt die neue Strategie der EU bei der wettbewerbsrechtlichen Behandlung von Leistungen der Daseinsvorsorge vor. Die Sozial- und Gesundheitsdienste werden gesondert behandelt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat im Oktober 2004 ein Memorandum zum „Zivilgesellschaftlichen Mehrwert gemeinwohlorientierter sozialer Dienste" vorgelegt. Den Anstoß zur Klärung des Selbstverständnisses gab explizit der Argumentationsdruck, der „aus Brüssel" kam.

Die Entwicklung im Berichtszeitraum macht deutlich, wie die europäische Integration sich zunehmend unmittelbar auf die für die Bank für Sozialwirtschaft relevanten Märkte auswirkt und dass Europa bei der Suche nach neuen Entwicklungspfaden mit ins Kalkül genommen werden muss. Dies ist auch der Grund, warum die Bank für Sozialwirtschaft am 3. November 2004 zusammen mit europäischen Partnern in Brüssel das „Europabüro der Sozialfinanz" gegründet hat, das die europaweite Zusammenarbeit zwischen den Partnerbanken und ihren sozialwirtschaftlichen Kunden fördern soll.

Deutschland geht die anstehenden Veränderungen auf nationaler und europäischer Ebene mit guten Voraussetzungen an:

- Das Leistungsniveau in den Sektoren Soziales, Gesundheit und Pflege ist hoch,
- die wirtschaftliche Basis ermöglicht Handlungsfähigkeit,
- das Management hat sich in den letzten Jahren professionalisiert,
- ein breites Problembewusstsein für Veränderungen ist vorhanden,
- Lösungswege werden differenziert diskutiert und
- einige Weichenstellungen sind schon getätigt.

Zwar wird es eine gravierende Marktbereinigung geben. Aber zugleich werden sich für etablierte und auch neue Anbieter Wachstumschancen eröffnen, sofern sie strategisch gut aufgestellt sind und das notwendige Investitionspotential haben.

LAGEBERICHT 2004

Für die Bank für Sozialwirtschaft AG war 2004 erneut ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr. Die Ertragslage konnte noch einmal beträchtlich verbessert werden. Die Bilanzsumme wuchs um 3,0 % auf EUR 3,8 Mrd. Der Jahresüberschuss stieg nach EUR 8,94 Mio. im Vorjahr auf EUR 17,57 Mio. im Berichtsjahr und wurde damit nahezu verdoppelt.

Aktivgeschäft

Die **Forderungen an Kunden** verzeichneten weiterhin ein starkes Wachstum um 18,1 % auf EUR 1.821 Mio. Die Steigerung entfiel erneut vor allem auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen: Sie erhöhten sich um 20,5 % auf EUR 1.491 Mio. Wie bereits in den Vorjahren zeigt sich hierin der seit Jahren steigende Bedarf nach Investitionsdarlehen für den Neubau ebenso wie für den zeitgemäßen Ausbau von sozialwirtschaftlichen Einrichtungen und eine entsprechend starke Inanspruchnahme der Bank für Sozialwirtschaft AG. Hier besteht bereits jetzt ein beträchtlicher Investitionsstau, der sich in den nächsten Jahren unter anderem durch den weiteren Rückzug der öffentlichen Hand aus der Investitionsfinanzierung voraussichtlich weiter vergrößern wird. Realisiert wurde das starke Kreditwachstum vor allem durch eine intensive Nutzung des Kreditprogramms „Wachstumsimpulse" der KfW-Bankengruppe.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** wurden um 32,4 % auf EUR 111,0 Mio. abgebaut. Dies ist bedingt durch den Abbau von Schuldscheindarlehen.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag war mit EUR 1.425 Mio. um EUR 120 Mio. geringer als im Vorjahr.

Die **Treuhandkredite** schlossen mit einem Volumen von EUR 167,5 Mio. leicht über dem Vorjahresniveau (EUR 166 Mio.) ab. Die leichte Differenz ist stichtagsbedingt. Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der BFS treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Wert für **Immaterielle Anlagewerte** erhöhte sich im Geschäftsjahr erheblich auf TEUR 3.200. Dies erklärt sich durch den Erwerb der Lizenz für die Standardsoftware SAP, die seit November 2004 in der Bank für Sozialwirtschaft AG eingeführt wird. Daneben wurde aufgrund geänderter Rechnungslegungsvorschriften eine Umgliederung von bisher in den Sachanlagen enthaltenen Standardsoftware-Komponenten in die Immateriellen Anlagewerte erforderlich.

Der Wert der **Sachanlagen** reduzierte sich um 6,26 % auf TEUR 29.019. Dies ist vor allem auf planmäßige Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude zurückzuführen. Hinzu kommt die oben dargestellte Umgliederung von Standardsoftware-Komponenten in die Immateriellen Anlagewerte.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** verringerten sich um 15,5 % auf TEUR 3.381.

Passivgeschäft

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sanken im Berichtsjahr um 5,6 % auf EUR 1.157,3 Mio. Einem Rückgang der kurzfristigen Offenmarktgeschäfte von EUR 209 Mio. (-59,9 %) stand hier eine Zunahme der längerfristigen Refinanzierung um EUR 148 Mio. (+19,1 %) gegenüber.

02-05-05 18:31
Von: Kinderhilfswerk
Möchten Sie 10 €
zugunsten des
Kinderhilfswerk
spenden?
Antworten
Mehr

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** verzeichneten eine kräftige Erhöhung um 9,5 % auf EUR 2.254,0 Mio. Die Steigerung entfiel vor allem auf die täglich fälligen Einlagen (+18,4 % auf EUR 1.218,6 Mio.), während die Anlagen in Spareinlagen weiter zurückgingen (-11,1 % auf EUR 81,1 Mio.). Dabei führten zum einen das unattraktive Zinsniveau im langfristigen Bereich und die Unsicherheiten bezüglich der Zinsentwicklung nach wie vor dazu, dass hohe Volumina in täglich fälligen oder kurzfristigen Anlagen untergebracht wurden. Zum anderen spiegelt die Entwicklung eine weiter verstärkte Inanspruchnahme der Bank für Sozialwirtschaft AG im Bereich Zahlungsverkehr wider. So führten z. B. unter anderem während der Flutkatastrophe in Südasien zahlreiche große Hilfsorganisationen ihre Spendenkonten bei der BFS, da diese als Spezialkreditinstitut über entsprechende technische Instrumentarien zur problemlosen Abwicklung großer Mengen an Spendeneingängen verfügt und zudem eine schnellstmögliche Verfügbarkeit der eingehenden Gelder gewährleistet.

Die Anlagen in **Verbrieften Verbindlichkeiten** verzeichneten im Vorjahresvergleich einen weiteren Rückgang um EUR 44,4 Mio. auf EUR 34,9 Mio. Er ist erneut durch Fälligkeiten von Schuldverschreibungen bedingt.

Die **Rückstellungen** wurden um 45,1 % auf EUR 22,9 Mio. aufgestockt. Erhöht wurden dabei vor allem Steuerrückstellungen und Zinsrückstellungen.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** stiegen um EUR 1,33 Mio. auf EUR 38,2 Mio. Dies ist dadurch begründet, dass neue nachrangige Verbindlichkeiten als Ergänzungskapital aufgenommen wurden, um das haftende Eigenkapital konstant zu halten.

Haftendes Eigenkapital

Das **gezeichnete Kapital** und die **Kapitalrücklage** blieben im Berichtsjahr konstant bei EUR 33,3 Mio. bzw. EUR 31,6 Mio.

Die **Gewinnrücklage** wurde um TEUR 5.500 auf TEUR 13.200 aufgestockt, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2003 in die Position „andere Gewinnrücklagen" eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns beträgt damit EUR 78,1 Mio.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserven zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt.

Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu TEUR 4.589 verbunden (bis zum Achtfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

6

Ertragslage

Der **Zinsüberschuss** inklusive der laufenden Erträge in Höhe von TEUR 59.831 blieb im Vergleich zum Vorjahr mit einem leichten Rückgang um 1,7 % auf nahezu konstantem Niveau. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Zinsentwicklung ist dies ein erfreuliches Ergebnis.

Durch den im Vergleich zum Vorjahr wesentlich höheren Gewinn des 100%igen Tochterunternehmens BFS Service GmbH stiegen die **Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungsverträgen** auf TEUR 841,3. Das Gewinnwachstum war vor allem durch stark gestiegene Erlöse aus dem Bereich Online-Factoring bedingt.

Das **Provisionsergebnis** konnte um 10,0 % auf TEUR 4.590 gesteigert werden. Dieses Wachstum ist durch eine verstärkte Akquisitionstätigkeit der Geschäftsstellen der Bank zurückzuführen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** erhöhten sich im Berichtsjahr um TEUR 133 auf TEUR 1.883.

Die **Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** sind um 12,9 % auf TEUR 31.942 angewachsen. Ein großer Anteil davon entfiel auf eine Steigerung der Personalkosten, die vor allem durch Neueinstellungen von Mitarbeitern bedingt war. Die meisten dieser Mitarbeiter wurden im Zuge des Aufbaus des „Markt-Service-Centers" eingestellt, durch das seit Beginn des Jahres 2004 die Backoffices für das Aktiv- und Passivgeschäft der Geschäftsstellen in der Zentrale in Köln gebündelt wurden. Einen weiteren Anteil machte eine Steigerung im Bereich der anderen Verwaltungsaufwendungen aus. Sie ist einerseits bedingt durch eine erneute Erhöhung der Pflichtbeiträge aller Mitgliedsinstitute, d. h. auch der Bank für Sozialwirtschaft AG, an den Sicherungsfonds des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR), andererseits durch gestiegene Aufwendungen für eine Reihe interner Projekte (z. B. Basel II, Bankensoftware).

Das **Betriebsergebnis** liegt bei einer Größe von TEUR 30.784 und damit um 11,1 % geringer als im Vorjahr.

Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft war insgesamt positiv. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge gearbeitet. Trotz der vorsichtigen Kreditvergabepolitik der Bank muss durch die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft von relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten ausgegangen werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Bereichen unserer Volkswirtschaft ist das Kreditausfallrisiko in der Sozialwirtschaft jedoch immer noch niedrig. Das **Bewertungsergebnis** belief sich insgesamt auf TEUR 513.

Die **gewinnabhängigen Steuern** erhöhten sich durch den höheren Jahresüberschuss um TEUR 651 auf TEUR 13.729.

Der **Jahresüberschuss** konnte gegenüber dem Vorjahr um 96,4 % gesteigert werden und liegt für das Geschäftsjahr 2004 bei TEUR 17.568.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung EUR 14.050.000,00 in die Position „andere Gewinnrücklagen" einzustellen und eine Dividende in Höhe von EUR 3.520.000,00 an die Aktionäre auszuschütten. Das entspricht - wie im Vorjahr - einer Dividende in Höhe von EUR 5,50 pro Stammaktie. Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von EUR 5.077,00 angesetzt werden.

Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich insbesondere in Form von Kredit- und Marktpreisrisiken.

Sowohl quantitativ (Grundsatz I) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressausfallrisiken) basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Bonitätsanalysesystems. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozialwirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozialwirtschaft geschult und über regelmäßige interne Informationsdienste informiert. Zudem wurde das Bonitätsanalysesystem der Bank für Sozialwirtschaft AG im Rahmen eines größeren Projektes zu einem Ratingsystem ausgebaut, das den Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II entspricht.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank nahezu ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sicher gestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

6

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Kredit- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operative Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operativen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgeschirmt.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG weiterhin als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozialwirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des mit ihr verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Zugleich muss die Sozialwirtschaft durch die aktuellen und zu erwartenden Reformen der Sozialen Sicherungssysteme mit noch schwieriger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen rechnen. Ein zunehmender Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen war schon in den letzten Jahren zu verzeichnen. Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren noch verstärken wird. Als Konsequenz daraus wächst zum einen der Bedarf an Bankleistungen, insbesondere an Krediten. Zum anderen steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozialwirtschaftlicher Unternehmen einbezieht. Mit dem Inkrafttreten von Basel II wird sich dies noch verdichten.

Schon seit einiger Zeit ist zudem festzustellen, dass sich andere Banken zunehmend aus dem Geschäftsfeld Sozialwirtschaft zurückziehen, da ihnen häufig das Know-how zur Beurteilung der Zukunftsfähigkeit der Einrichtungen aus dem Sozial- und Gesundheitswesen fehlt. Auch hieraus ergeben sich neue Geschäftsperspektiven.

Die optimale Nutzung aller Marktchancen steht im Mittelpunkt aller Maßnahmen zur Umsetzung der Geschäftsstrategie. Im Berichtsjahr wurde mit der Zentralisierung der Backoffices für den Aktiv- und Passivbereich aller Geschäftsstellen

eine Reihe interner Reorganisationsprozesse abgeschlossen. Mit diesen wurde in den vergangenen Jahren die Basis für eine weitere Geschäftsausweitung verbessert. Sie werden bis Mitte 2006 ergänzt um eine umfassende Erneuerung der Bankensoftware durch die Einführung der Standardsoftware SAP. Unter anderem damit wird sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auf die zu erwartenden Änderungen der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Regelungen für Banken vorbereiten und zugleich die softwaretechnischen Voraussetzungen für künftige Herausforderungen schaffen.

Auf der Ebene des Know-hows wird kontinuierlich daran gearbeitet, neben den bankfachlichen Kenntnissen das Wissen um die Veränderungen der finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen der Sozialwirtschaft aktuell zu halten. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Austausch mit Kunden und Gremien der Bank, die Unterstützung durch ein sozialwirtschaftliches Research sowie regelmäßige Mitarbeiterschulungen zu den Entwicklungen in den Einzelbranchen der Sozialwirtschaft.

Im Kreditgeschäft gilt das Augenmerk vor allem einer hohen Professionalität des Managements der sozialwirtschaftlichen Unternehmen, das deren Zukunftsfähigkeit und damit zugleich die Kreditausfallwahrscheinlichkeit bestimmt. Um auf einer möglichst optimalen Bewertungsbasis zu arbeiten, setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG bereits seit Herbst 2004 ein internes Basel-II-fähiges Ratingsystem ein, das die Spezifika sozialwirtschaftlicher Kunden berücksichtigt.

Im Anlagegeschäft steht im Vordergrund eine solide Beratung auf der Basis der gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, die für die meisten Kunden der Bank für Sozialwirtschaft AG gelten. Mit sich ändernden Marktbedingungen, die sich u. a. in dem Stiftungsgründungsboom der letzten Jahre ausdrücken, sieht die Bank in diesem Feld zusätzliche Chancen zur Verbesserung des Provisionsgeschäfts.

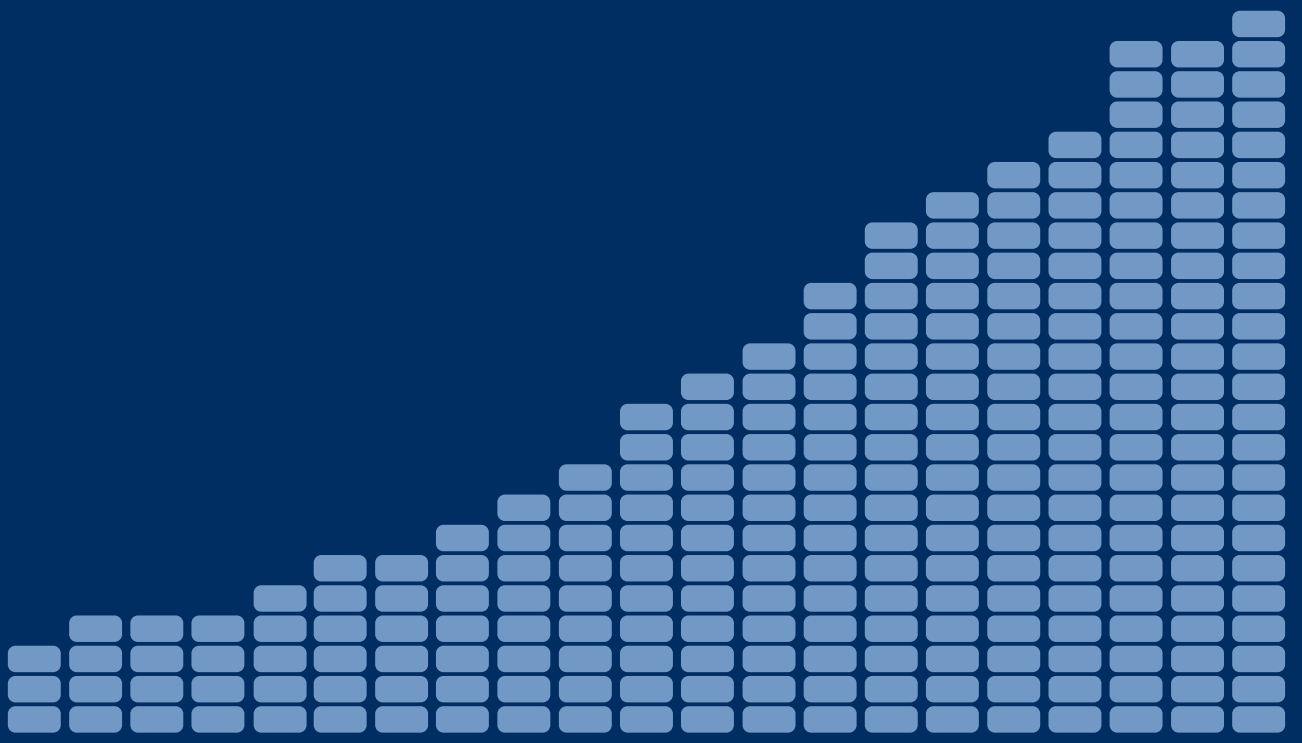
Im Zahlungsverkehr führen die innovativen Produktentwicklungen, die schnelle technische Abwicklung sowie die sehr kostengünstigen Angebote seit Jahren zu einem kontinuierlichen Wachstum im kurzfristigen Geschäft. Für die sozialwirtschaftlichen Kunden mit ihrem traditionell hohen Liquiditätsbedarf ist der Zahlungsverkehr ein Kernfeld im Geschäft mit ihrer Hausbank. Dass die Bank für Sozialwirtschaft AG vor allem als Spezialkreditinstitut für Spendenorganisationen ein hervorragendes Profil hat, zeigte sich während der Flutkatastrophe in Südasien zum Jahreswechsel 2004 / 2005: Die meisten der großen Hilfsorganisationen haben ihr Spendenkonto bei der BFS. Im laufenden Jahr wird die Akquisition in diesem Feld weiter verstärkt werden.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus. Um die Basis für die weitere Expansion insbesondere im Kundenkreditgeschäft weiter zu verbessern, wird sie im laufenden Geschäftsjahr ihr Eigenkapital durch die Emission von 60.000 Stammaktien erhöhen.

Berlin/Köln, den 11. April 2005
Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt Dietmar Krüger

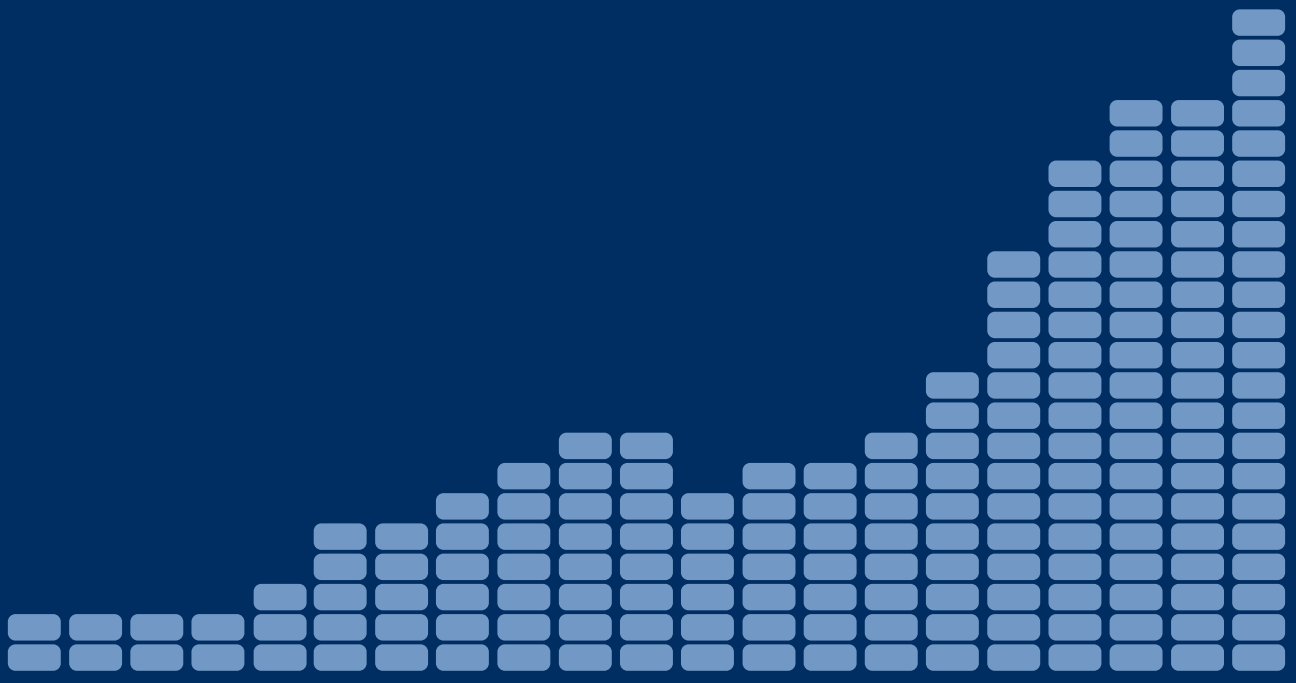
DIE BILANZSUMME



Millionen EUR

600	632	689	746	832	860	935	1.114	1.292	1.542	1.804	1.878	2.158	2.653	2.725	2.980	3.138	3.196	3.619	3.688	3.797
1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004

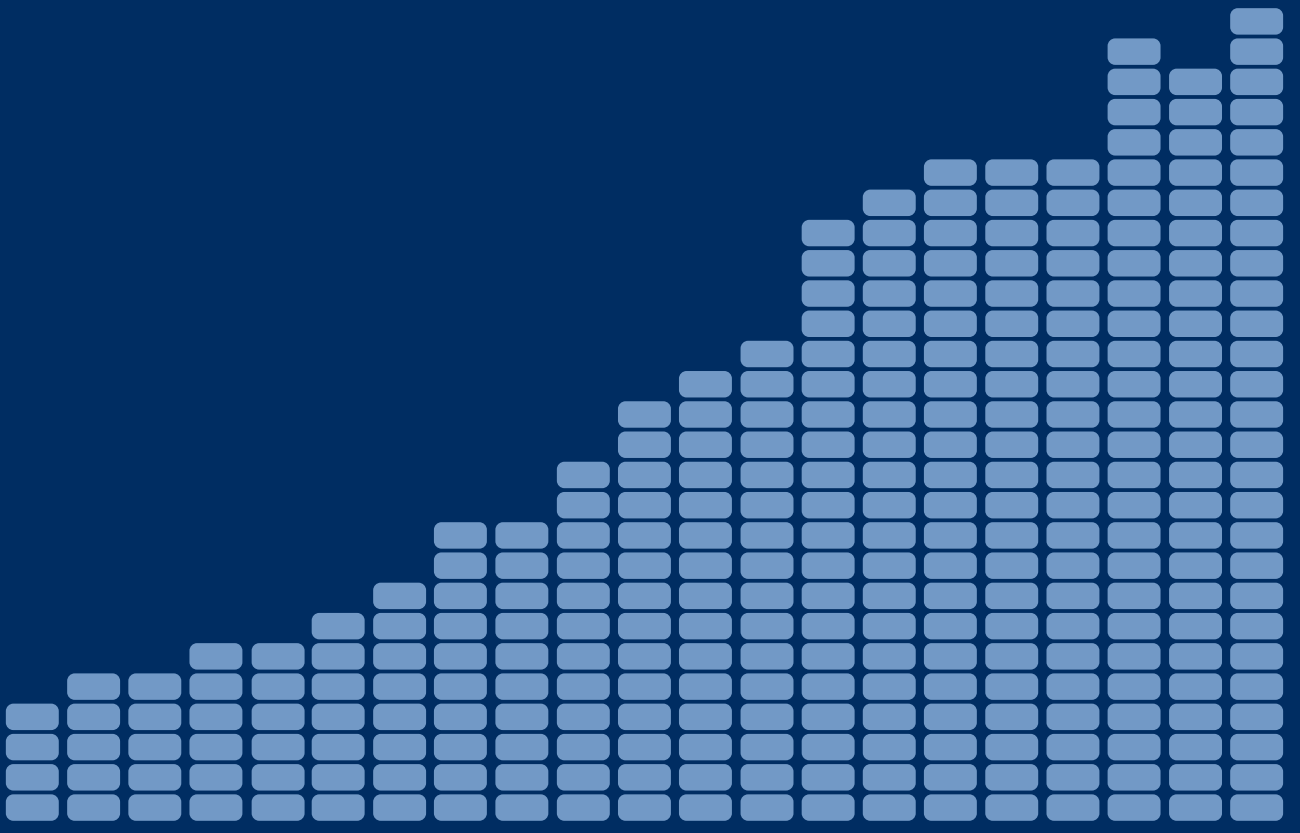
DIE KUNDENKREDITE



Millionen EUR

154	128	123	147	254	360	404	464	516	561	567	492	499	560	688	793	1.056	1.290	1.517	1.542	1.821
1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004

DIE KUNDENEINLAGEN



Millionen EUR

341	360	406	469	503	544	623	756	912	1.024	1.213	1.243	1.338	1.704	1.753	1.841	1.865	1.866	2.166	2.059	2.254
1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004

ENGAGEMENT UND KNOW-HOW

Eine weiter erfolgreiche Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG wird wesentlich durch die Qualifikation, die Sozialkompetenz und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank geprägt. Daher richtete die Personalentwicklung ihren Fokus auch im Jahr 2004 auf eine möglichst breite Förderung der Mitarbeiterpotentiale.

Dazu gehörte erneut ein breites Angebot an individuell ausgerichteten bankfachlichen und persönlichkeitsbildenden Seminaren, die die BFS gemeinsam mit der Vereinigung für Bankberufsbildung (vbb) anbot, sowie an internen Fortbildungen zu den aktuellen Veränderungen der Finanzierungsbedingungen in der Sozialwirtschaft, z. B. zur Einführung des pauschalierenden Entgeltsystems (DRGs) im Krankenhaussektor. In diesem Jahr liegt ein Schwerpunkt auf Schulungen zu den verschiedenen Modulen der Standardsoftware SAP, um alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig auf den Einsatz der neuen Bankensoftware ab Sommer 2006 vorzubereiten.

Das im Jahr 2004 in der Geschäftsstelle Berlin durchgeführte Pilotprojekt zur Vertriebsoptimierung durch umfangreiche Schulungs- und Coachingmaßnahmen konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Es hat nicht nur zu einem Motivationsschub der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt, sondern auch zu einer Neustrukturierung und –ausrichtung der Geschäftsstelle. In einer etwas reduzierten Form wurde das Konzept inzwischen auf die Geschäftsstellen in Mitteldeutschland übertragen, d. h. auf Leipzig, Dresden, Magdeburg sowie die Repräsentanz Erfurt. Dort finden derzeit einmal monatlich Teamentwicklungsworkshops statt, die der Standortbestimmung und Neupositionierung der Geschäftsstellen und ihrer Mitarbeiter/innen dienen.

Ein weiteres Anliegen der Bank für Sozialwirtschaft AG ist es, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leistungsorientiert zu entlohnen. Im Jahr 2003 wurde daher für alle außertariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein neues erfolgs- und leistungsabhängiges Vergütungssystem eingeführt, das sich von den meisten in Deutschland üblichen Systemen dadurch unterscheidet, dass feste Gehaltsbestandteile ins Risiko gestellt werden können. Dadurch wird nicht nur eine sowohl an den Gesamtbankzielen als auch an individuellen Zielvereinbarungen orientierte Mehrvergütung möglich, sondern auch eine Mindervergütung. Die Teilnahme an diesem sehr modernen Personalführungsinstrument ist freiwillig. Das System stieß bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf hohe Akzeptanz: Während sich im ersten Jahr 30 AT-Mitarbeiter beteiligten, waren es im Berichtsjahr mit 46 von 71 möglichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bereits weit mehr als die Hälfte der Berechtigten.

Für die tariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Jahr 2004 ein Modell einer Leistungsbeurteilung ein, das ebenfalls eine erfolgsabhängige Vergütung ermöglicht. Dieses Modell wird im laufenden Jahr weiter verfeinert, um eine noch gerechtere Entlohnung individueller Leistungen zu erreichen.

Von zentraler Bedeutung für die Zukunft der Bank ist die Nachwuchssicherung. Pro Ausbildungsjahrgang stellt die BFS bis zu vier Ausbildungsplätze zur Verfügung. Im Berichtsjahr schlossen zwei Auszubildende mit dem Bankkaufmann bzw. der Bankkauffrau ab; beide wurden übernommen. Zudem bestanden zwei Auszubildende ihre Prüfung zum „Fachinformatiker Anwendungsentwicklung“ und zum „Fachinformatiker Systemintegration“. Von diesen wurde einer in den Bereich Datentechnik übernommen, der andere schied aus, um ein Studium aufzunehmen.

6

Nachdem sich in den letzten Jahren die Tendenz abzeichnete, dass es trotz der Lage am Arbeitsmarkt schwieriger wird, adäquaten und schulisch ausreichend qualifizierten Nachwuchs für die freien Ausbildungsplätze zu finden, wurden im Jahr 2004 neue Wege der Personalakquisition beschritten. So war die Bank für Sozialwirtschaft AG beispielsweise sowohl auf verschiedenen Websites als auch in Fachzeitschriften für Auszubildende präsent. Mit Hilfe dieser Instrumente konnten bereits Ende 2004 drei Ausbildungsverträge für das laufende Jahr abgeschlossen werden.

Auch die Besetzung freier Stellen in den Geschäftsstellen erwies sich als überraschend schwierig. Zwar sind durch den Stellenabbau in anderen Banken zahlreiche Bankkaufleute arbeitssuchend, dennoch ist es für ein Institut wie die Bank für Sozialwirtschaft AG, das sich in einer Marktnische bewegt und zudem hohe Ansprüche an die Qualifikation und das Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellt, nicht einfach, gute Kundenbetreuer zu finden.

Dennoch hat die Bank ihren Personalbestand entgegen dem allgemeinen Trend im vergangenen Jahr ausgebaut. Dazu trug die Ausweitung des Geschäftsvolumens ebenso bei wie die Einrichtung des „Markt-Service-Centers". Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich vom 31. Dezember 2003 bis zum Ende des Berichtsjahres von 274 auf 288. Durch organisatorische Veränderungen hat sich dabei die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Zentrale vergrößert, während die Geschäftsstellen weiter verschlankt wurden. In dieser Verschiebung spiegelt sich nicht nur die Verlagerung der Backoffice-Bereiche aller Geschäftsstellen in die Zentrale, sondern auch der Abschluss des Zentralisierungsprozesses der Bank nach Köln, die mit der Versetzung der Abteilung Softwareenwicklung von Berlin nach Köln am 1. Februar 2005 vollendet wurde. Rechtzeitig vor Einführung der Standardsoftware SAP ist damit gewährleistet, dass die bankinternen Experten für das bisher eingesetzte System den Prozess der Neueinführung und die vielfältigen Fragen des Übergangs, der Anpassung und der Schnittstellen zu fast allen Abteilungen der Gesamtbank kontinuierlich persönlich begleiten können.

ENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMEN

BFS Service GmbH

Sehr erfolgreich agierte die BFS Service GmbH im Geschäftsjahr 2004: Sowohl im Bereich Online-Factoring als auch im Seminarbereich und bei den Betriebsvergleichen waren Zuwächse zu verzeichnen. Die weitere Expansion des Unternehmens machte im Frühjahr einen Umzug in größere Räumlichkeiten erforderlich. Seitdem residiert die BFS Service GmbH im Kölner Mediapark und bietet ihren Seminarteilnehmern dort außer fachlichen Inputs einen Blick über die Dächer der Stadt.

Online-Factoring

Erwartungsgemäß verzeichnete die BFS Service GmbH im Jahr 2004 erneut exponentielle Wachstumsraten im Bereich Online-Factoring. Diese Entwicklung ist vor allem auf drei Gründe zurückzuführen: Zunächst steigt der Vorfinanzierungsbedarf von Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens kontinuierlich an. Die Kostenträger zeigen eine zunehmende Tendenz zur Verlängerung der Zahlungsziele. Die Konsequenz daraus ist, dass sich die Liquiditätssituation in den Unternehmen verschlechtert. Mit der innovativen Vorfinanzierung über Online-Factoring kann dieses Problem gelöst werden.

Die zweite Ursache für die hohen Steigerungsraten in diesem Bereich ist eine Ausweitung des Angebots. Inzwischen wird Online-Factoring von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, von Krankenhäusern, Reha-Kliniken, Jugendhilfeeinrichtungen und Rettungsdiensten intensiv genutzt. Und – last not least – führen die positiven Erfahrungen und die Empfehlungen zufriedener Nutzer zu einem weiteren Anwachsen des Kundenstamms.

Fortbildung

Auch im Fortbildungsbereich konnte die BFS Service GmbH im Jahr 2004 eine weitere Steigerung verzeichnen. Die Erlöse aus den Seminaren erhöhten sich um 4,5 %. Damit bewegt sich das Tochterunternehmen der BFS weiterhin gegen den Branchentrend. Rund 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten im letzten Jahr die Ein- und Zweitagesseminare zu sozialwirtschaftlichen Fachthemen. Dabei setzte sich die Tendenz der Vorjahre fort, dass betriebswirtschaftliche und juristische Fragestellungen auf eine wesentlich höhere Nachfrage stießen als Angebote, die „weiche" Themen aufgriffen.

Insgesamt verfolgen die Seminarangebote der BFS Service GmbH das Ziel, Fach- und Führungskräfte kontinuierlich mit den sich verändernden Anforderungen in der Sozialwirtschaft vertraut zu machen und betriebswirtschaftliche Professionalisierungsprozesse in sozialen Unternehmen durch die Vermittlung von entsprechendem Know-how zu unterstützen. Über eine intensive Markt- und Umfeldbeobachtung, die durch ein dichtes Netz von internen und externen Partnern gewährleistet wird, können interessante und zukunftsweisende Themen frühzeitig erkannt und in konkrete Seminare und Tagungen umgesetzt werden. Oft gelingt es der BFS Service GmbH dadurch, vor allen anderen Anbietern mit praxisorientierten Angeboten am Markt zu sein. Im laufenden Jahr beispielsweise greifen die neuen Seminare „Arbeitsrechtliche Besonderheiten in Tendenzbetrieben" und „Leistungsbezogene Mitarbeitervergütung" aktuelle bzw. künftige Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und deren Konsequenzen für die Sozialwirtschaft auf.

Es sind aber nicht nur die innovativen Themen und die Qualität der Referenten, die den Erfolg als Fortbildungsinstitution

6

begründen. Ebenso gehört dazu die Mischung der Teilnehmer, die aus allen Wohlfahrtsverbänden und aus der gewerblichen Sozialwirtschaft kommen. Denn sie trägt dazu bei, dass die Veranstaltungen der BFS Service GmbH auch als Ort des Austausches wahrgenommen werden.

Betriebsvergleiche

Mehr als 7.000 Teilnehmer haben sich in den vergangenen acht Jahren an den Betriebsvergleichen für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen beteiligt, teilweise über mehrere Jahre hinweg. Was hat ihnen die Teilnahme gebracht? Welche Ziele stehen für sie im Mittelpunkt von Betriebsvergleichen? Wo sehen sie den größten Bedarf für weiter gehende Benchmarkingprojekte? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Kundenumfrage zu den Betriebsvergleichen, die die BFS Service GmbH im Herbst 2004 durchgeführt hat.

Die Ergebnisse zeigten, dass die Betriebsvergleiche den Teilnehmern nicht nur Hinweise auf Verbesserungspotentiale geben, sondern dass diese Hinweise auch Auslöser für Veränderungen in den Einrichtungen waren. Zudem äußerten die Teilnehmer großes Interesse am persönlichen Austausch mit anderen in Form von Benchmarkingkreisen. Der größte Bedarf für weiterführende Benchmarkingprojekte wurde in den Bereichen Controlling, Qualitätsmanagement, Führung und Kostenrechnung gesehen. Es ist zu erwarten, dass im Zuge des zunehmenden Wettbewerbs zwischen den Einrichtungen das Thema Benchmarking künftig weiter an Bedeutung gewinnen wird. Die BFS Service GmbH ist mit den Betriebsvergleichen schon heute ein anerkannter Partner für datengestützte Benchmarkingprojekte und hat daher gute Chancen, an diesem Markt zu partizipieren.

Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten Jahre schätzt die BFS Service GmbH sehr positiv ein. Insbesondere die Nachfrage nach Online-Factoring wird aufgrund der noch enger werdenden finanziellen Spielräume für Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens auch in den nächsten Jahren stark steigen. Im Bereich der Seminare und der Betriebsvergleiche rechnet die BFS Service GmbH auf der Basis ihrer erreichten Marktposition mit einer weiterhin erfreulichen Entwicklung.

IS Immobilien-Service GmbH

In Folge der wachsenden Volumina im langfristigen Kundenkreditgeschäft der Bank für Sozialwirtschaft AG stieg im vergangenen Jahr auch die Nachfrage nach den Dienstleistungen der IS Immobilien-Service GmbH weiter an. Vor allem in den 2003 neu eröffneten Geschäftsfeldern – der langfristigen Investitionsanalyse mit Hilfe des Instruments IS InvestControl und der Erstellung von Beleihungswertgutachten – war eine erhebliche Expansion zu verzeichnen. Noch deutlicher als in den Vorjahren zeigte sich in der Kooperation mit den Kunden, wie entscheidend genaue Analysen, Planungsdaten und zukunftsorientierte Wirtschaftlichkeitsberechungen für die langfristige Marktfähigkeit von Sozialimmobilien sind.

Hintergrund für die verstärkte Inanspruchnahme der Dienstleistungen der IS Immobilien-Service GmbH ist unter anderem der zunehmende Wettbewerb z. B. im Bereich der stationären Einrichtungen für Senioren. Auch wenn die demographische Entwicklung in diesem Feld insgesamt einen steigenden Bedarf nahe legt, gibt es bereits Standorte, die eine Marktsättigung zeigen. Bei Neuinvestitionen ist daher noch mehr als früher eine verlässliche Datenbasis erforderlich, die sowohl dem Investor als auch der finanzierenden Bank die Zukunftsaussichten der Einrichtung nachvollziehbar darstellt.

Mit Hilfe von IS InvestControl können u. a. durch die Analyse langfristiger Risikopotentiale und durch die Einbeziehung unterschiedlicher Einflussfaktoren differenziert betriebswirtschaftliche Steuerungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Die Beleihungswertgutachten geben einen genauen Aufschluss darüber, was ein Objekt als Sicherheit wert ist. Der tatsächlich zu realisierende Beleihungswert weicht hier nicht selten von den ursprünglichen Vorstellungen der Kunden ab, die sich überwiegend an den reinen Baukosten orientieren. Spätestens im Vorfeld einer Finanzierung – aber ebenso zur Unternehmensplanung – sind jedoch realistische Bewertungen des Bestands und der langfristigen Wirtschaftlichkeit entscheidend.

Ausblick

Mit Blick auf die künftig weiter wachsenden Anforderungen an betriebswirtschaftliche Dienstleistungen für Sozialimmobilien hat die IS Immobilien-Service GmbH im Jahr 2004 als neues Produkt eine innovative Standort- und Bedarfsanalyse entwickelt. Von den am Markt vorhandenen Angeboten unterscheidet sich diese vor allem durch eine detaillierte standortspezifische Prognose der Bevölkerungsentwicklung sowie durch das systematische Herausarbeiten eines langfristig nachfragewirksamen Einzugsgebietes. Letzteres bezieht z. B. geomarketingspezifische Gesichtspunkte wie natürliche Barrieren und Verkehrsströme in die Betrachtungen ein. Dieses Angebot wird zurzeit am Markt eingeführt. Die IS Immobilien-Service GmbH geht davon aus, dass es auch dafür eine große Nachfrage gibt.

F12
pg up
pg dn
end

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

7

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Im Rahmen der Hauptversammlung am 21. Juni 2004 in Köln wurde der Aufsichtsrat um drei auf 12 Mitglieder erweitert. Mit dieser Erweiterung wird der Veränderung der Anteilseignerstruktur Rechnung getragen, die durch die im Juli 2003 beschlossene Umwandlung aller stimmrechtslosen Vorzugsaktien in stimmberechtigte Stammaktien verursacht worden war. Als neue Mitglieder in den Aufsichtsrat der Bank für Sozialwirtschaft AG berufen wurden Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Westliches Westfalen e.V., Dortmund, Paul-Werner Schöndorf, Finanzdirektor des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg e.V., Freiburg, und Berthold Simons, Geschäftsführer des DRK Schwesternschaft Berlin, Gemeinnützige Krankenhaus GmbH, Berlin.

Turnusgemäß wechselte am 21. Juni 2004 zudem der Vorsitz im Aufsichtsrat. Neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde Dr. Robert Batkiewicz, Geschäftsführer der Gesellschaft für Anstaltskredite und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e.V., Köln, neuer stellvertretender Vorsitzender Prof. Dr. Manfred Willms, Bundesschatzmeister des Deutschen Roten Kreuzes, Generalsekretariat, Berlin.

Der Jahresabschluss 2004 wurde von der Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2004. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Berlin/Köln, den 11. Mai 2005
Der Aufsichtsrat

8

JAHRESBILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2004
DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
BERLIN/KÖLN

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2004 DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG, BERLIN/KÖLN

AKTIVSEITE			Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			659.249,02		571
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			81.452,76	740.701,78	250
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	Euro	81.452,76			(250)
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-,--		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	Euro	-,--			(-)
b) Wechsel			-,--	-,--	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	Euro	-,--			(-)
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			40.279.682,78		69
b) andere Forderungen			70.703.258,33	110.982.941,11	164.023
4. Forderungen an Kunden				1.820.864.943,53	1.541.982
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	Euro	524.371.671,97			(428.900)
Kommunalkredite	Euro	270.718.698,13			(226.908)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-,--		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	Euro	-,--			(-)
ab) von anderen Emittenten			-,--		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	Euro	-,--			(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			390.549.812,15		395.552
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	Euro	390.549.812,15			(395.552)
bb) von anderen Emittenten			1.034.218.517,68		1.135.388
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	Euro	1.024.136.093,29			(1.103.635)
c) eigene Schuldverschreibungen			205.100,00	1.424.973.429,83	13.632
Nennbetrag	Euro	205.100,00			(13.632)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				225.269.090,48	224.741
7. Beteiligungen				761.828,74	762
darunter: an Kreditinstituten	Euro	511.291,88			(511)
an Finanzdienstleistungsinstituten	Euro	-,--			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				8.034.563,56	8.035
darunter: an Kreditinstituten	Euro	-,--			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	Euro	-,--			(-)
9. Treuhandvermögen				167.533.321,13	165.922
darunter: Treuhandkredite	Euro	167.533.321,13			(165.922)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-,--	-
11. Immaterielle Anlagewerte				3.200.287,36	159
12. Sachanlagen				29.018.641,00	30.957
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital				-,--	-
darunter: eingefordert	Euro	-,--			(-)
14. Eigene Aktien oder Anteile				7.347,00	-
Nennbetrag	Euro	1.612,00			(-)
15. Sonstige Vermögensgegenstände				3.381.351,62	4.002
16. Rechnungsabgrenzungsposten				2.072.554,41	1.882
17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				-,--	-
			Summe der Aktiva	3.796.841.001,55	3.687.927

PASSIVSEITE			Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1.	**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**					
	a) täglich fällig			91.908.678,84		23.697
	b) mit vereinbarter Laufzeit					
	oder Kündigungsfrist			1.065.425.013,53	1.157.333.692,37	1.202.012
2.	**Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**					
	a) Spareinlagen					
	aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
	von drei Monaten		64.585.814,96			74.070
	ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist					
	von mehr als drei Monaten		16.505.871,69	81.091.686,65		17.139
	b) andere Verbindlichkeiten					
	ba) täglich fällig		1.218.625.516,64			1.029.106
	bb) mit vereinbarter Laufzeit					
	oder Kündigungsfrist		954.298.243,15	2.172.923.759,79	2.254.015.446,44	938.613
3.	**Verbriefte Verbindlichkeiten**					
	a) begebene Schuldverschreibungen			34.874.602,64		79.263
	b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			-,--	34.874.602,64	-
	darunter:					
	- Geldmarktpapiere	Euro -,--				(-)
	- eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	Euro -,--				(-)
4.	**Treuhandverbindlichkeiten**				167.533.321,13	165.922
	darunter: Treuhandkredite	Euro 167.533.321,13				(165.922)
5.	**Sonstige Verbindlichkeiten**				4.726.999,36	2.658
6.	**Rechnungsabgrenzungsposten**				3.476.385,83	3.126
7.	**Rückstellungen**					
	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			5.397.357,00		5.026
	b) Steuerrückstellungen			7.569.089,00		4.646
	c) andere Rückstellungen			9.907.278,68	22.873.724,68	6.092
8.	**Sonderposten mit Rücklageanteil**				-,--	-
9.	**Nachrangige Verbindlichkeiten**				38.180.915,74	36.848
10.	**Genussrechtskapital**				12.947.607,91	12.948
	darunter:					
	vor Ablauf von zwei Jahren fällig	Euro 3.323.397,22				(-)
11a.	**Fonds für allgemeine Bankrisiken**				5.200.000,00	5.200
11b.	**Sonderposten aus Währungsumrechnung**				-,--	-
12.	**Eigenkapital**					
	a) gezeichnetes Kapital			33.280.000,00		33.280
	b) Kapitalrücklage			31.623.228,45		31.623
	c) Gewinnrücklagen					
	ca) gesetzliche Rücklage		-,--			-
	cb) Rücklage für eigene Anteile		7.347,00			-
	cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,--			-
	cd) andere Gewinnrücklagen		13.192.653,00	13.200.000,00		7.700
	d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust			17.575.077,00	95.678.305,45	8.958
			Summe der Passiva		3.796.841.001,55	3.687.927

		Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1.	**Eventualverbindlichkeiten**			
	a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-,--		-
	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen	51.550.249,16		40.464
	c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-,--	51.550.249,16	-
2.	**Andere Verpflichtungen**			
	a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-,--		-
	b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-,--		-
	c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	253.198.659,00	253.198.659,00	154.885

Santander
Direkt Bank
VISA
4556 0067 0606 5988
4556
GÜLTIG BIS ENDE
GOOD THRU
05/05
BERND BAUER

9

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
BERLIN/KÖLN
VOM 1. JANUAR 2004 BIS 31. DEZEMBER 2004

		Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1.	Zinserträge aus				
	a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	96.152.390,91			93.135
	b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	49.439.451,19			53.470
			145.591.842,10		146.605
2.	Zinsaufwendungen		91.810.206,04		92.142
				53.781.636,06	54.463
3.	Laufende Erträge aus				
	a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		5.693.810,53		6.376
	b) Beteiligungen		30,00		-
	c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		355.086,06	6.048.926,59	-
4.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			841.276,67	172
5.	Provisionserträge		5.694.660,80		5.085
6.	Provisionsaufwendungen		1.104.727,56		911
				4.589.933,24	
7.	Nettoertrag aus Finanzgeschäften			59.913,21	58
	Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			-,--	-
8.	Sonstige betriebliche Erträge			1.883.296,84	1.751
9.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,--	575
10.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
	a) Personalaufwand				
	aa) Löhne und Gehälter	16.252.164,53			13.579
	ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.053.499,49	20.305.664,02		3.898
	darunter: für Altersversorgung Euro 1.759.299,50				(1.759)
	b) andere Verwaltungsaufwendungen		11.636.178,19	31.941.842,21	10.826
11.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.072.090,41	3.120
12.	Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.347.364,62	879
13.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,--		13.099
14.	Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		130.551,53	130.551,53	-
15.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-,--		-
16.	Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapieren		382.522,59	382.522,59	-
17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,--	-

18.	Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		-,--	-
19.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		31.356.759,49	22.168
20.	Außerordentliche Erträge	-,--		-
21.	Außerordentliche Aufwendungen	-,--		-
22.	Außerordentliches Ergebnis		-,--	
23.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13.728.594,95		13.078
24.	Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	60.251,54	13.788.846,49	58
25.	Erträge aus Verlustübernahme		-,--	-
26.	Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		-,--	-
27.	Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken		-,--	87
28.	Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken		-,--	-
29.	Jahresüberschuss		17.567.913,00	8.945
30.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		5.507.164,00	4.074
			23.075.077,00	13.019
31.	Entnahmen aus der Kapitalrücklage		-,--	-
			23.075.077,00	13.019
32.	Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
	a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,--		
	b) aus der Rücklage für eigene Anteile	-,--		
	c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,--		
	d) aus anderen Gewinnrücklagen	7.347,00	7.347,00	-
			23.082.424,00	13.019
33.	Entnahmen aus Genussrechtskapital		-,--	-
			23.082.424,00	13.019
34.	Einstellungen in Gewinnrücklagen			
	a) in die gesetzliche Rücklage	-,--		
	b) in die Rücklage für eigene Anteile	7.347,00		
	c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,--		
	d) in andere Gewinnrücklagen	5.500.000,00	5.507.347,00	4.061
			17.575.077,00	8.958
35.	Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		-,--	-
36.	Bilanzgewinn		17.575.077,00	8.958

ANHANG 2004

DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG BERLIN/KÖLN

A. ALLGEMEINE ANGABEN

Die gesetzlich geforderten Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang erläutert.

B. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Dabei werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden Sonderabschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Teilwert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus dem Handelsbestand und der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere sind unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips zu den Anschaffungskosten bewertet. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in steuerlich zulässiger Höhe eingestellt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte bzw. zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts.

10

C. ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS 2004

a) Sachanlagen / Immaterielle Anlagewerte	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Summe a
in EUR				
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	1.070.073	43.243.685	15.379.554	59.693.312
Zugänge	2.617.166	489.985	1.091.041	4.198.192
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	1.878.703	-	-1.878.703	-
Abgänge	13.352	-	723.492	736.844
Abschreibungen kumuliert	2.352.303	19.319.815	9.263.614	30.935.732
Buchwerte am Bilanzstichtag	3.200.287	24.413.855	4.604.786	32.218.928
Abschreibungen Geschäftsjahr	642.846	1.006.098	1.423.146	3.072.090

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit Euro 41.173 enthalten.

b) Finanzanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Summe b
in EUR				
Anschaffungskosten einschließlich Veränderungen (saldiert)	29.679.465	761.829	8.034.564	38.475.858
Buchwerte am Bilanzstichtag	29.679.465	761.829	8.034.564	38.475.858

Anschaffungs- und Herstellungskosten	- Summe a und b -	98.169.170
Buchwerte am Bilanzstichtag	- Summe a und b -	70.694.786

D. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I BILANZ

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende **Restlaufzeiten**:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Andere Forderungen an **Kreditinstitute** (A 3b)	70.703.258	0	0	0
Forderungen an **Kunden** (A 4)	153.301.285	90.473.364	528.978.013	936.631.554

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind Euro 111.480.727 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Anleihen und Schuldverschreibungen** sind im Folgejahr fällig:

in EUR	
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	0
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	356.665.266

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch **Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	
in EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kunden (A 4)	10.397.236	10.609.653	13.225.383	13.951.356

Daneben bestanden im Treuhandgeschäft Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von Euro 5.232.589 (Vorjahr: Euro 5.981.381).

10

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
in EUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.424.768.330	1.419.749.899	5.018.431	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	11.621.725	6.810.705	4.811.020	0
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	

- Weitere Angaben zu den **Wertpapieren**
  In den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.

- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Direkt					
- BFS BETRIEBS- UND FINANZWIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH, Köln	100,0	2004	51	2004	-
- IS Immobilienfonds 6 GbR	62,4	2003	13.755	2003	-1.781
Indirekt					
- L.O.G. Lotterie-Organisationsges. mbH, Düsseldorf	100,0	2003	-1.089	2003	-34
- IS IMMOBILIEN-SERVICE GMBH, Köln	100,0	2004	2.749	2004	280

Der Gewinn 2004 der BFS BETRIEBS- UND FINANZWIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH in Höhe von Euro 841.277 wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

Weitere Beteiligungen bestehen

a) an der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln, in Höhe von TEUR 518 (Anschaffungskosten TEUR 511). Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TEUR 7.635 entspricht dies einem Anteil von 6,78 %.
b) an der VIFA Pensionsfonds AG, Berlin, in Höhe von TEUR 250. Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TEUR 5.000 entspricht dies einem Anteil von 5,00%.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und –verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

in EUR	
Forderungen an Kunden	167.533.321
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	222.479
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	167.310.842

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von EUR 167.310.842 ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen EUR 222.479.

- Im Aktivposten 12 **(Sachanlagen)** sind enthalten:

in EUR	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	23.965.732
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.604.786

- Im Posten **„Sonstige Vermögensgegenstände"** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	721.470
Materialbestände	198.613
Genossenschaftsanteile	587.300
davon Kreditinstitute	551.000
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	959.633

10

- Im **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 541.148 (Vorjahr EUR 340.314) enthalten.

  Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzswapgeschäft in Höhe von EUR 628.786 (Vorjahr EUR 694.974).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber **Kreditinstituten** mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	141.837.843	125.788.308	391.759.305	406.039.558
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2ab)	1.358.229	12.652.822	2.494.821	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber **Kunden** mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	871.142.867	21.595.360	46.159.571	15.400.445

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr EUR 8.745.719 fällig.

- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von Euro 2.261.100.064 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von Euro 1.011.118.949.

- Im Posten **„Sonstige Verbindlichkeiten"** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	45.976
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	618.630
Zinsanteile für Genussrechte	927.875
Verbindlichkeiten Sicherheitseinbehalt Bauvorhaben	80.381
Steuerverbindlichkeiten	483.177

- Im **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von Euro 3.221.569 (Vorjahr Euro 2.819.049) enthalten.

- Angaben zu Passivposten 9 **(Nachrangige Verbindlichkeiten)**

  Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 2.336.148 an.

  Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
5.000.000	Euro	5,50 %	30.01.2014

  Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen.

  Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

  Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

- Das **Genussrechtskapital** der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

  Emission 1994: Nennbetrag EUR 3.323.397
  Emission 1997: Nennbetrag EUR 5.624.211
  Emission 2002: Nennbetrag EUR 4.000.000

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

	Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeit gegenüber Beteiligungsunternehmen	
in EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	1.893.044	99.877
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	5.198.008	5.365.442	91.723.243	84.929.830

10

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank

  - sind die folgenden **Eventualverbindlichkeiten** (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):
    Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen Euro 51.550.249

  - sind die folgenden **„Anderen Verpflichtungen"** (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):
    Unwiderrufliche Kreditzusagen Euro 253.198.659

II GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.

- Aus **Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung**, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in EUR	
Verwaltungs- / Treuhandkredite	1.439.383
Wertpapiergeschäft	2.443.922

- **Wichtige Einzelbeträge**, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten (Art und Betrag):

sonstige betriebliche Erträge	
Miet- und Pachterträge	1.052.402

sonstige betriebliche Aufwendungen	
Zuführung sonstige Rückstellung	960.845
Aufwendungen für Betriebsveranstaltungen	102.549
Aufwendungen für Messestand	81.482

- **Steuerrechtliche Sonderabschreibungen** wurden im Geschäftsjahr in Höhe von Euro 74.649 vorgenommen (Vorjahr Euro 74.650). Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine erheblichen Belastungen.

- Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

10

E. SONSTIGE ANGABEN

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2004 in Mio. Euro

	Nominalbetrag				Beizulegender Zeitwert
Zinsbezogene Geschäfte	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre	Summe	negativ (-)
OTC Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	50	110	461	621	-32
OTC Produkte Forward-Darlehen	-	1	-	1	0,2
börsengehandelte Produkte Zins-Futures	250	-	-	250	-0,4

Die Zinsswaps, Forward-Darlehen und Futures wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Achtfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2004 maximal Euro 4.588.672 betragen.
  Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2004 **nicht** durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.

- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2004 **Pensionsrückstellungen** in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Barwertes von EUR 2.012.493.

- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in EUR	
Mitglieder des Vorstandes	82.737
Mitglieder des Aufsichtsrates	207.363
Mitglieder des Beirates	80.573

- **Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen**, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von Euro 3,8 Mio. aus langfristigen Mietverträgen.

- Die Zahl der 2004 **durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer** betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter		
Prokuristen	4	-
Handlungsbevollmächtigte	7	-
Angestellte	207	31
	218	31
Gewerbliche Mitarbeiter	-	20
	218	**51**

Außerdem wurden durchschnittlich 8 Auszubildende beschäftigt.

- Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 640.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.7.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von Euro 52 je Aktie ab.

10

- Zum Bilanzstichtag besteht ein genehmigtes Kapital von Euro 14,3 Mio. Der Vorstand ist ermächtigt, bis 25. Juli 2006 diese Kapitalerhöhung durch einmalige oder mehrmalige Emission neuer Aktien durchzuführen.

Bestand an eigenen Aktien	Stück	Kauf-/Verpfändungsdatum	Buchwert 31.12.2004
Erworbene Aktien	31	22.12.2004	Euro 7.347,00
Verpfändete Aktien	23	23.09.1997	Euro 4.792,10

Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 21.6.2004 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben.

- **Entwicklung der Rücklagen:**

in EUR	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Rücklage eigene Anteile
Stand per 01.01.2004	31.623.228	7.700.000	
Zugang 2004			
- Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2003	0	5.500.000	
- Umgliederung		- 7.347	7.347
Abgang 2004	0		
Stand per 31.12.2004	31.623.228	12.192.653	7.347

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft:

- Ernst & Young AG
  Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
  Eschersheimer Landstr. 6
  60322 Frankfurt/Main

Mitglieder des Vorstandes

- Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Bankkaufmann
- Dietmar Krüger, Bankkaufmann
- Nando E. Sawall (bis 4. Februar 2005), Bankkaufmann

Mitglieder des Aufsichtsrates

- Dr. Robert Batkiewicz, Vorsitzender (ab 21. Juni 2004, bis dahin stv. Vorsitzender), Geschäftsführer der Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e. V.
- Prof. Dr. Manfred Willms, stv. Vorsitzender (ab 21. Juni 2004), Bundesschatzmeister des Deutschen Roten Kreuzes e. V., Generalsekretariat
- Wolfgang Altenbernd (ab 21. Juni 2004), Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.
- Christian Graf von Bassewitz, Persönlich haftender Gesellschafter, Bankhaus Lampe KG
- Rainer Brückers, Bundesgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V.
- Dr. h. c. Jürgen Gohde, Präsident des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche in Deutschland e. V.
- Paul-Werner Schöndorf (ab 21. Juni 2004), Finanzdirektor, Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V.
- Rüdiger Schmidtchen (Vorsitzender bis 20. Juni 2004), Stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband e. V.
- Berthold Simons (ab 21. Juni 2004), Kaufmännischer Direktor, Geschäftsführung, DRK Krankenhaus GmbH, Gemeinnützige Krankenhaus GmbH
- Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident und Finanzdirektor des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche in Deutschland e. V.
- Dr. Ernst Thiemann, Bankdirektor i. R.
- Michael Warman, Stv. Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Berlin und Köln,
14. März 2005

Bank für Sozialwirtschaft AG
Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt Krüger

BESTÄTIGUNGSVERMERK
DER WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT 2004

11

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

"Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2004 bis zum 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar."

Frankfurt am Main, den 11. April 2005

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Griess	Binder
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

GESCHÄFTSSTELLEN UND REPRÄSENTANZEN

GESCHÄFTSSTELLEN

- 10178 Berlin | Oranienburger Straße 13/14
  Telefon 030.28402-0 | Telefax 030.28402-367 | bfsberlin@sozialbank.de
- 01099 Dresden | Louis-Braille-Straße 8
  Telefon 0351.89939-0 | Telefax 0351.89939-585 | bfsdresden@sozialbank.de
- 45127 Essen | Kennedyplatz 6
  Telefon 0201.24580-0 | Telefax 0201.24580-644 | bfsessen@sozialbank.de
- 30177 Hannover | Podbielskistraße 166
  Telefon 0511.34023-0 | Telefax 0511.34023-523 | bfshannover@sozialbank.de
- 76135 Karlsruhe | Steinhäuserstraße 20
  Telefon 0721.98134-0 | Telefax 0721.98134-688 | bfskarlsruhe@sozialbank.de
- 50668 Köln | Wörthstraße 15-17
  Telefon 0221.97356-0 | Telefax 0221.97356-177 | bfskoeln@sozialbank.de
- 04109 Leipzig | Zimmerstraße 3
  Telefon 0341.98286-0 | Telefax 0341.98286-543 | bfsleipzig@sozialbank.de
- 39104 Magdeburg | Fürstenwall 3
  Telefon 0391.59416-0 | Telefax 0391.59416-539 | bfsmagdeburg@sozialbank.de
- 55116 Mainz | Fort-Malakoff-Park | Rheinstraße 4 G
  Telefon 06131.20490-0 | Telefax 06131.20490-669 | bfsmainz@sozialbank.de
- 81679 München | Richard-Strauss-Straße 71
  Telefon 089.982933-0 | Telefax 089.982933-629 | bfsmuenchen@sozialbank.de

12

REPRÄSENTANZEN

- 99084 Erfurt | Pfeiffersgasse 13
  Telefon 0361.55517-0 | Telefax 0361.55517-20 | bfserfurt@sozialbank.de
- 22089 Hamburg | Wandsbeker Chaussee 8
  Telefon 040.25332 6-6 | Telefax 040.25332 6-80 | bfshamburg@sozialbank.de
- 90489 Nürnberg | Sulzbacher Straße 42
  Telefon 0911.5815-401 | Telefax 0911.5815-403 | bfsnuernberg@sozialbank.de
- 70173 Stuttgart | Königstraße 80
  Telefon 0711.62902-0 | Telefax 0711.62902-40 | bfsstuttgart@sozialbank.de

EUROPA-BÜRO DER BFS

- B-1040 Brüssel | Rue de Pascale 4-6
  Telefon 0032.2280277-6 | Telefax 0032.2280277-8 | bfseu@sozialbank.de